

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1932**

87 (14.4.1932)



# Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gerappten Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen nach Vereinbarung 2 Pfennig. Die 10 gerappten Millimeterzeile kostet 6 Pfennig. Bei Werberwerbungen nach Tarif, bei Nichtzahlung des Zeitungspreises, bei geschäftlicher Einstellung und bei Kontouränderungen tritt ein Geländungs- und Geschäftspreis 10 Karlsruher L. D. in Höhe der Kontouränderung 2 Uhr vorzuzahlen.

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Raufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark, halbjährlich 10,92 Mark, jährlich 21,84 Mark. Einmalige Beilagen 1,50 Mark. Durch den Post 2.30 Mark. Einmalige Beilagen 1,50 Mark. Geschäftsstellen 2950 Karlsruhe. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe, L. D., Waldstraße 28. Fernruf 7020/7021. Volkstreu-Verlag: Durach, Hauptstr. 9. D.-Baden. Telefon 12. Postamt Karlsruhe. 2 Offiziere. Reichsdruck.

Nummer 87

Karlsruhe, Donnerstag, den 14. April 1932

52. Jahrgang

## SA. und SS. aufgelöst

### Hitlers Privatarmee durch Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität aufgelöst Endlich die notwendige Notverordnung!

**Amliche wird mitgeteilt:**  
Die Aufhebung dieser Organisation ist gemäß den Grundgesetzen des staatl. Lebens notwendig, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und die Staatsautorität vor weiteren schweren Beeinträchtigungen zu bewahren.

Die genannten Organisationen sind, wie bekannt, in allen äußeren Dingen bis in Kleinigkeiten den militärischen Formationen nachgebildet. Sie stellen ein Privatheer dar, ein Parteibeer, wenn auch zum Teil unbewaffnet. Hunderttausende sind bei unbedingter Befehlsgebundenheit zum Teil mit fernmündlicher Unterbringung in Aktionsgruppen angeleitet, die wie militärische oder politische Mannschaften auftreten können und aufzutreten sind. Auch ohne schwere Waffen können solche Gruppen jederzeit Gewalttätigkeiten durchführen und Teile der Bevölkerung unter den Druck eines Zwanges stellen.

Schon das Vorhandensein einer solchen Kampforganisation, die einen Staat im Innern bildet, ist eine Quelle steter Beunruhigung für die friedliche Bürgerschaft, die im Schutze der Gesetze ihrer Beschäftigung nachgeht. Es ist ausschließlich Sache des Staates, eine organisierte Macht zu unterhalten. Sobald eine solche Macht von privater Seite organisiert wird und der Staat dies duldet, besteht bereits Gefahr für Ruhe und Ordnung. Die ruhigen Bevölkerungskreise können eine solche naturgemäß einseitig und parteimäßig aufgestellte Organisation nicht ertragen.

Die Entwicklung führte folgerichtig zu Zusammenstößen und letzten Endes zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Bei einer solchen Entwicklung würde der Staat die Achtung, die er für seine verfassungsmäßigen Einrichtungen, insbesondere für Militär und Polizei, fordern muß, verlieren.

Nun sind von den Führern der aufgelösten Organisationen Legationsverträge abgelehnt worden. Selbst wenn solche Erklärungen völlig ernst gemeint sind und hinter ihnen der Wille steht, an der Gesetzmäßigkeit festzuhalten, so ist doch unabweisbar, daß in einem Rechtsstaat die Gewalt letztlich bei den verfassungsmäßigen Organen des Staates selbst organisiert sein darf. Jede private Gewaltorganisation kann deshalb ihrem Wesen nach keine legale Einrichtung sein. Es besteht auch die Gefahr, daß eine solche nach allen ihren Einrichtungen und Vorschriften auf einen Kampf im Innern einzustellende Organisation eines Tages die Partei selbst in die Illegalität hineinreißen würde. Die Führer dieses Privatheeres müssen, gerade in dem Bestreben, militärisch zu arbeiten und hierbei besonders zu leisten, die Partei notwendigerweise mit der Staatsführung und den Machtmitteln des Staates in Konflikt bringen.

Darüber abgesehen waren bei den aufgelösten Organisationen zahlreiche schwerwiegende Ordnungswidrigkeiten und Übertretungen festzustellen. Diese haben größte Beunruhigung in weite Kreise getragen. Polizeiliche und gerichtliche Stellen sind mit der Prüfung von umfangreichem Material befaßt.

Der Ausgang dieser Verfahren braucht aber nicht abgewartet zu werden, da die Auflösung der Organisationen aus staatspolitischen Gründen erfolgt und von dem Ergebnis der Untersuchung, ob und in welchem Umfang strafbare Handlungen Einzelner begangen worden sind, völlig unabhängig ist.

Die Maßnahme der Auflösung dient der Staatserhaltung selbst. Sie entspricht einer streng überparteilichen, nach allen Seiten gleiches Maß anwendenden Einstellung der Reichsführung. Es geht nicht um Parteien oder Regierungen, es geht um den deutschen Staat selbst. Keine Reichsregierung kann es dulden, daß irgendeine Partei den Versuch macht, einen Staat im Innern zu bilden, und sich Machtmittel schafft, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen. Auch der **Sturmabteilung** ist im Jahre 1929 der Auflösung verfallen, weil er eine Gefahr für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung geworden war. Wenn der Staat seine oberste Autorität als Hüter des Gesetzes, als Schützer friedlicher Staatsbürger vernachlässigt, so ist er in Gefahr, der Anarchie zu verfallen. Dieser ernste Gesichtspunkt verdient in der gegenwärtigen Notzeit höchste Beachtung. Wir müssen in den kommenden Monaten gegen die Wirtschaftsnöte mit tatkräftigen Mitteln angehen; wir müssen in schicksalhaften außenpolitischen Verhandlungen um Lebensrecht und Freiheit kämpfen. Die erste Bedingung für das Gelingen der Rettungsaktion ist das Vertrauen des deutschen Volkes in die Festigkeit seiner staatl. Verhältnisse.

Das deutsche Volk lebt unter einer freibürgerlichen Verfassung. Freiheit kann aber nicht gedeihen ohne Ordnung. Im Interesse der Ordnung muß volle Klarheit darüber geschaffen werden, daß in Deutschland der Staat und nur der Staat mit fester Hand Recht und Gesetz aufrecht erhält.

Die Reichsregierung weiß sich in der Auffassung der Lage mit der großen Mehrheit der Länderregierungen einig. Sie ist fest entschlossen, auch in Zukunft gegen jeden Versuch, einen Staat im Innern zu bilden, ohne Ansehen der Person und der Partei mit allen Mitteln des Staates rücksichtslos einzuschreiten.

Die Auflösung der militärischen Organisationen der NSDAP. soll nach den Anweisungen des Reichsministers des Innern ohne Härte durchgeführt werden. Die NSDAP. wird durch die Verordnung nicht berührt. Ihr steht im Rahmen der Gesetze die gleiche Betätigungsfreiheit zu wie allen anderen Parteien.

Über allen Parteien aber steht das deutsche Vaterland. Seinem Wohl zu dienen, ist der oberste Grundsatz des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung der SA. und SS. im gesamten Reichsgebiet trägt eine Ueberschrift, die in kürzester Fassung den Sinn der Auflösungsaktion und zugleich die Begründung gibt. Diese Begründung dient der Sicherung der Staatsautorität.

Die Reichsregierung ist der Bildung der Privatarmee des Herrn Hitler gegenüber außerordentlich lang mit Duldsamkeit verfahren, auch dann noch, als die Formationen dieser Armee sich teilweise und militärische Gewalt anmaßten und die Bevölkerung terrorisierten. Die schon traditionelle Langmut republikanischer Behörden gegenüber den braunen Gewalthäufen hat bei den Führern dieser Privatarmee das Gefühl erzeugt, daß sie der verfassungsmäßigen Staatsgewalt gegenübertraten könnten, wie Macht zu Macht, politische Organisationen gegen Staatsorganisationen, Privatarmee gegen Staatsheer. Dieser Zustand bedeutete eine Gefährdung der Staatsautorität und des inneren Friedens; er mußte auf die Dauer Zerrüttung der Rechtschaffenheit und Anarchie im Gefolge haben.

Wäre dieser Zustand länger geduldet worden, so wären entsprechende Gegenmaßnahmen gegen die Privatarmee des Herrn Hitler kaum zu vermeiden gewesen. Die politischen Kräfte, gegen die die Privatarmee des Herrn Hitler sich in erster Linie feindselig wandte, haben bisher von solchen Gegenmaßnahmen abgesehen. Organisationen, wie beispielsweise das Reichsbanner können in keiner Weise auf eine Stufe mit der Armee Hitlers gestellt werden. Sie haben weder ein Offizierskorps, noch Kadetten, noch eine unbedingte Befehlsgebundenheit, keine Waffen und keine militärischen Geräte, wie die militärischen Formationen des Herrn Hitler. Die SA. und SS. jedoch besitzen ein geschlossenes Offizierskorps, Kadetten und Feldzeugmeisterien, Waffen und Feldgeräte. Das Reichsbanner hat keine Kompagnien, Bataillone, Regimenter, Divisionen und Armeekorps, wie die braune Armee des Herrn Hitler. Es schießt nicht mit Maschinengewehren und blinzt nicht mit dem Feldgerät. Es lacht keine Leute, die mit der Fliegerwaffe ausgebildet sind. Die NSDAP. jedoch hat sich einen regelrechten Militärapparat und eine Armee neben der Polizei geschaffen. Wäre dies geduldet worden, so wären andere große Parteien ähnlich verfahren. So hätten sich in kurzer Frist in Deutschland mehrere Privatarmeen gegenübergestellt. Ein Landsknechtswesen der schlimmsten Art hätte das Volk zerrissen und die staatl. Ordnung verwildert.

Die Auflösung der Privatarmee des Herrn Hitler war notwendig, um im Rahmen der Verfassung die Gleichberechtigung aller anderen Parteien gegenüber der NSDAP. sicherzustellen. Bei dem Verbot der SA. handelt es sich nicht um eine Einschränkung legaler Betätigung und Verbot der NSDAP. Große politische Parteien, wie diese Partei es ist, müssen sie auch noch so sehr auf geistiger Bewirrung und Verwilderung des politischen Denkens beruhen, müssen mit geeigneten Gegenmitteln bekämpft werden. Das ist der Sinn der Demokratie. Aber der Sinn der Demokratie ist es auch, daß die Gewaltmittel, die diese Partei sich zugelegt hat, zerfallen werden, daß ihr die Möglichkeit genommen wird, mit Gewalt und mit Annäherung militärischer und polizeilicher Gewalt die Bevölkerung und andere Parteien zu terrorisieren. Die Verordnung des Reichspräsidenten ist daher keine Unterdrückungsmaßnahme, sondern Schutz vor Unterdrückung der Bevölkerung durch eine Privatarmee. Sie ist eine Befreiung vom Terror der braunen Gewalthäufen. Der anstän-

dige, nach Ordnung strebende Teil der Bevölkerung dankt der Reichsregierung, daß sie endlich das Reich von diesem Unruheherd befreit hat, selbst wenn angeblich neutrale Blätter, in Wirklichkeit nach rechts neigende Blätter wie nicht nur die **Babische Presse**, sondern auch das **Karlsruher Tagblatt** über das Verbot **Rafodilstrane** vergießen als Zeichen der Verwirrung und der Tendenzen des deutschen Bürgertums in diesen Tagen.

Welche Wirkung das Verbot auf die NSDAP. selbst haben wird, ist eine innere Angelegenheit dieser Partei. Der Erlaß der Verordnung ist der NSDAP. wie der SA. seit Tagen bekannt. Man hört, daß in der braunen Armee bereits heftige Verwünschungen gegen den **OSA**, **Hitler** ausgestoßen werden, daß man ihn des Verrats beschuldigt und ihm vorwirft, keinen Widerstand gegen das Verbot geleistet zu haben. Die Landsknechte rebellieren gegen den, der sie gerufen hat, der sie mit geschwollenen Erklärungen gestützt hat, weil im Augenblick, wo der Staat seine Autorität sichert, die geschwollenen Phrasen zerplatzen.

### Der Inhalt der Verordnung

Die „Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität“ lautet in der Hauptsache:

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1  
Sämtliche militärische Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, insbesondere die Sturmabteilung (SA.), die Schutzstaffeln (SS.), mit allen dazu gehörigen Stäben und sonstigen Einrichtungen, einschließlich der SA.-Beobachter, SA.-Reserven, Motorsturme, Marinesturme, Reitersturme, des Fliegerkorps, Kraftfahrkorps, Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA.-Kadetten und der Zeugniserien, werden mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

§ 2  
1. Die zur Zeit der Auflösung im Besitz der aufgelösten Organisationen oder eines ihrer Mitglieder befindlichen Gegenstände, die dem militärischen Zweck der Organisation dienen, oder zu dienen bestimmt gewesen sind, können polizeilich sichergestellt werden. Auf Verlangen des Reichsministers des Innern muß dies geschehen.

2. Gegen die polizeiliche Anordnung ist die Beschwerde im Dienstaufsichtsweg zulässig.

Eine auf Verlangen des Reichsministers des Innern angeordnete Sicherstellung kann nur mit seiner Zustimmung abgeändert werden.

3. Schadenersatzansprüche wegen Verlustes oder Beschädigung sichergestellter Gegenstände sind ausgeschlossen, sofern nicht der Schaden durch vorläufiges Handeln verursacht ist.

§ 3  
1. Wer sich an einer Organisation, die auf Grund dieser Verordnung aufgelöst ist, als Mitglied beteiligt oder sie auf andere Weise unterstützt, oder den durch die Organisation geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrechterhält, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

2. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe erkannt werden.

3. Gegenstände, die nach der Auflösung der Organisation für die Zwecke der aufgelösten Organisation oder der Lehrgangorganisation gebraucht oder bestimmt sind, können eingeschossen oder unbrauchbar gemacht werden, auch wenn sie weder dem Täter noch einem Teilnehmer gehören.

§ 4  
1. Diese Verordnung tritt, mit Ausnahme des § 3, mit ihrer Verkündung in Kraft; § 3 tritt mit dem zweiten Tausend nach der Verkündung in Kraft.

2. Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister des Innern.

Berlin, den 13. April 1932.

Der Reichspräsident: (begl.) v. Hindenburg.

Der Reichskanzler: (begl.) Dr. Brüning.

Der Reichsminister des Innern mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt: (begl.) Gröner, Reichswehrminister.

Der Reichsminister der Justiz: (begl.) Dr. Joel.

### Verordnung zur Durchführung

Im Anschluß an obige Verordnung wird weiter verordnet:

§ 1.

Soweit bei Durchführung der Auflösung der in § 1 der Verordnung bezeichneten Organisation SA.-Heime oder ähnliche Einrichtungen aufgelöst werden, in denen Mitglieder der aufgelösten Or-



# Der Krisenkongreß

## Ein Ausschrei der freien Gewerkschaften nach Arbeitsbeschaffung

ganisationen wohnen, ist dafür Sorge zu tragen, daß diese Personen nicht der Obdachlosigkeit verfallen.  
Die Polizeibehörde hat ihnen zu diesem Zweck entweder eine angemessene Kammungstrift zu setzen, die ihnen die Erlangung einer anderen Unterkunft gestattet, oder im Benehmen mit den Behörden der öffentlichen Fürsorge dafür Sorge zu tragen, daß sie eine andere Unterkunftsstätte erlangen und für eine angemessene Lebensunterhalt bestreiten können.

Der politische Sicherstellung gemäß § 2 der Verordnung unterliegen insbesondere sämtliche zum Dienstansatz der SA. gehörenden Bekleidungs- und Ausstattungsgegenstände, einschließlich der Waffen, wie sie im einzelnen auf Seite 105 ff. der Dienstvorschrift für die SA. aufgeführt sind. Der Sicherstellung unterliegen ferner die Fahnen und Standarten, sowie alle sonstigen Gegenstände, die den militärischen Zwecken der Organisation dienen haben oder zu dienen bestimmt waren, wie z. B. Flugzeuge, Kraftfahrzeuge, sonstige Mittel zur Bewerksichtigung des Nachrichten- und Relaisdienstes, Sanitätsmaterial, Instrumente der Sozialmann- und Musikzüge, Festmägen, Zelte.

### Der Kammungsprozeß durchgeführt

Berlin, 13. April. (Eig. Draht.) In Berlin wurde sofort nach der Bekanntgabe der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität sämtliche 27 Heime der SA. polizeilich besetzt, durchsucht und dann geschlossen. Von der Polizeiaktion wurden zugleich 200 Befehlshaber der SA. und SS-Truppen erfaßt.

München, 13. April. (Eig. Draht.) Auf Anordnung der bayerischen Regierung hat die bayerische Landespolizei am Mittwochabend das Braune Haus in München besetzt. Die Strohen in der Umgebung der Hitler-Residenz wurden in großem Umfang abgespart. Die Polizei nahm eine Hausdurchsuchung vor, die in den späten Abendstunden des Mittwoch noch nicht abgeschlossen war.

Das Verbot der SA. und SS. wird in Bayern mit größter Genauigkeit bestritten. Das offizielle Organ der bayerischen Regierung, die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ schreibt dazu: „Das Verbot und die Auflösung der nationalsozialistischen Parteiarmee im ganzen Reichsgebiet durch die Reichsgewalt war ein bringendes Gebot der staatlichen Selbsterhaltung. Längst haben die nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln mit ihren ausgesprochen militärischen Organisationen und Gliederungen einen Charakter angenommen, der sich mit dem Wesen eines Ordnungswortes und Rechtsstaates unvereinbar verhält.“

Stuttgart, 13. April. (Eig. Meldung.) Wegen der Maßnahmen gegen die SA. und SS. vom Polizeipräsidenten Landesministerialrat wird mitgeteilt: „Im Verlaufe der vom Reichsminister des Innern verfügten Auflösung der SA. und SS. Formationen der NSDAP. hat das Polizeipräsidentium Stuttgart, Landesministerialrat, im Verlauf des heutigen Abends die notwendigen Durchsuchungen im ganzen Lande vorgenommen. Das sicherstellende Material wird in den nächsten Tagen einer Durchsicht unterzogen werden.“

Dresden, 13. April. (Eig. Draht.) Die Dresdener Polizei schloß am Mittwochabend 18 Uhr die von Reichswehrgewalt der NSDAP. vorher hatten jedoch etwa 10 Autos der Nazis das Material aus der Reichswehrgewalt bereits abtransportiert. Immerhin konnte die Polizei noch zwei Autos erweisen.

Bonn, 13. April. (Eig. Draht.) Im Bereich des Polizeipräsidenten Bonn wurden sofort nach der Bekanntgabe des SA. und SS.-Verbots, wie in anderen Städten des Ruhrgebietes, in über 100 SA. und SS.-Stellen Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die Aktion blieb jedoch ohne Ergebnis, da alles Material bis auf das letzte Stück Papier bereits vorher besichtigt worden war.

Die Besetzung sämtlicher Ämter aus den SA. und SS.-Befehlshabern setzt, daß die NSDAP. von dem Verbot rechtlich unterrichtet worden ist. Tatsächlich soll die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität nach zuverlässigen Mitteilungen

bereits am Dienstagabend im Braunen Haus in München im Wortlaut bekannt

gemacht sein. Ein Beweis, daß selbst die höchsten amtlichen Stellen nicht frei von verräterischen Nazi-Subjekten sind. Von dem Geld der Republik werden diese Subjekte bezahlt, ihre Dienste aber leisten sie in erster Linie den Charlatanen und Demagogen um Hitler, weil sie glauben, eines Tages durch diese Gesellschaft besondere Karriere machen zu können.

Dererrat der Notverordnung des Reichspräsidenten an das Braune Haus in München ist ein neuer treffender Beweis dafür, daß es mit der Zurückhaltung der Reichsregierung gegenüber dem Nazi-Beamtenumtum nunmehr ebenfalls endlich ein Ende haben muß.

Darmstadt, 13. April. Bei der Polizeiaktion anlässlich des Verbots der SA. und SS. wurden, wie von amtlicher Stelle bekannt wird, die SA.-Unterstützung im Braunen Haus, ein weiteres SA.-Heim und das Heim der Hitlerjugend geschlossen. In Darmstadt und Umgebung wurden beschlagnahmt: Ein Flugzeug, mehrere Autos und eine Menge vollgepackter Tornister mit eigenen Nationen. Außerdem wurden Telephonapparate, Militärmäntel mit Abzeichen des Artillerie-Reg. 61 und andere Mengen militärischer Ausrüstungsstücke sichergestellt. Zahlreiche Handfeuerwaffen, sowie Fehlschuß- und Stöckchen aller Art und Schriftstücke und Urkunden von beachtlichem Inhalt wurden ebenfalls sichergestellt. Im Augenblick finden noch Hausdurchsuchungen in den Privatwohnungen von SA. und SS.-Leuten statt.

GW. Braunshweig, 13. April. Der aus Anlaß der Konferenz der Innenminister in Berlin weitläufige braunschweigische Innenministerialrat hat der Braunschweigischen Landesregierung eine Erklärung zur Auflösung der nationalsozialistischen Formationen übergeben. Darin erhebt der Minister gegen die heutige Notverordnung scharfen Protest.

GW. Samburg, 13. April. Im Zusammenhang mit der Auflösung der SA.-Heime ereignete sich nach privaten Mitteilungen heute nachmittag ein Zwischenfall bei der Durchsicherung des Hauses der Nationalsozialistischen Partei. Das Haus war vor dem Eintreffen der Polizei unter Tränengas gesetzt worden. Den Beamten war es deshalb nicht möglich, in die verriegelten Räume zu gelangen. Man mußte dem Gas erst durch Einschlagen der Fenster einen Abzug verschaffen. fünf Parteimitglieder, darunter das Bürgerchaftsmitglied v. Altwörden, wurden von der Polizei nach dem Stadthaus gebracht.

Großes Aufsehen hat in der Reichsverwaltung ein Vorgang erzeugt, der deutlich beweist, daß von einem Reichsbeamten die Verordnung des Reichspräsidenten vor ihrer Veröffentlichung den Nationalsozialisten mitgeteilt worden sein muß. Der Berliner Vertreter des Daily Express hat gestern vom „Braunen Haus“ in München die Notverordnung übermittelt erhalten und die Mittwoch-Morgenausgabe des Daily Express hat diese Notverordnung veröffentlicht.

### Groener forderte das Verbot

Der Vizekanzler weiß zu melden, daß Minister Groener sich persönlich mit allem Nachdruck für das Verbot eingesetzt habe, und sein Verbleiben im Amt davon abhängig gemacht habe.

Der außerordentliche Kongreß der freien Gewerkschaften zur Aufklärung der Reichsregierung und Öffentlichkeit in der Arbeitsbeschaffungsfrage, der am Mittwoch im Großen Sitzungssaal des Reichstags zusammentrat, war bestimmt kein Fehlschlag. Das zeigte schon der starke Besuch des Kongresses. Zu dem Kongreß des DGB waren nach dem Reichsarbeitsminister Stegerwald noch Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold erschienen. Von Preußen waren erschienen Ministerpräsident Otto Brauns, die Minister Severing, Hirtfelder und Kappeler. Der Reichstag war durch seinen Präsidenten Loh vertreten. Aus der großen Zahl der Ehrengäste seien noch der Präsident des Städtetages, Dr. Mulert, Polizeipräsident Grezingski und Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen erwähnt.

### Zur Eröffnung führte Bundesvorsitzender Theodor Leipart

Die Öffentlichkeit ist allmählich abgestumpft gegenüber der ungeheuerlichen Tatsache, daß über 6 Millionen Deutsche arbeitslos sind, während unter den unmittelbaren und mittelbaren Folgen dieser wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe eine noch unendlich viel größere Zahl von Menschen zu leiden hat.

Auch die verantwortlichen Stellen verhalten sich gegenüber dieser Katastrophe innerlich wie außenpolitischen Brennpunkten drängendsten Ebene der deutschen Politik allzu passiv. Um so nachdrücklicher müssen die Gewerkschaften den Ruf nach Arbeit für die Arbeitslosen erheben.

Eine Politik der wirtschaftlichen Verständigung im internationalen Rahmen wird durch tiefgreifende politische Widerstände erschwert, die auf den Krieg und auf den Versaillesvertrag zurückzuführen sind und die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise unheilvoll verstärken.

Trotzdem, nein, gerade deshalb haben die Gewerkschaften sich immer wieder für die weltpolitische Verständigung eingesetzt, und sie für eine internationale Kreditversicherung als finanzielle Grundlage einer großzügigen Arbeitsbeschaffung eingetreten.

Aber die aktive Förderung internationaler Maßnahmen zur Linderung und Behebung der Arbeitslosigkeit, deren Durchführung nur langsam zu überwindenden Schwierigkeiten begegnet, entbehren die Reichsregierung und alle Stellen, die mit Verantwortungsbewusstsein an einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse arbeiten, nicht von der Verpflichtung, auch im Rahmen der nationalen Wirtschaftspolitik die Arbeitsbeschaffung anzubahnen.

Die Deflationspolitik der Reichsregierung war gegen die eigenen Volkswirtschaften, insbesondere gegen die großen Schichten der Arbeiter und Angestellten von einer bis an die äußerste Grenze des Erträglichen gehenden Rücksichtslosigkeit.

Bei allem Verständnis für die außenpolitischen Argumente der Reichsregierung haben die Gewerkschaften diese Politik entschieden bekämpft. Der zähe Widerstand der sozialen Leistungen und der Arbeit der Arbeiter haben unermüdet zu einer Verleumdung der breiten Volksmassen, sie zerföhren nicht nur die Kaufkraft und damit eine der Voraussetzungen der Belebung der Wirtschaft, sie untergraben die Grundlagen der staatlichen Ordnung, sie steigern die innerpolitischen Spannungen. Diese Wirkungen treten umso unheimlicher ein, wenn nichts geschieht, um durch Mittel, die keine besonderen Aufwendungen, sondern nur Entschlußkraft erfordern, die Not zu lindern. Nichts ist trotz der wiederholten dringenden Mahnungen der Gewerkschaften geschehen, um durch systematische, geschickte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Arbeitsbeschaffung und Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten nicht nur unentzerrbar verbunden.

Es ist ein Skandal, daß noch immer regulär über 48 Stunden gearbeitet wird, daß noch immer vielfach Überstundenarbeit gelehrt wird, daß noch immer Leute, die Pensionen beziehen, anderen Arbeitsplätze wegnehmen, daß kein ernsthafter Versuch unternommen worden ist, die Frage des Doppelverdienens zu lösen.

Viele Zehntausende würden Arbeitsmöglichkeiten finden, wenn dieser Skandal aufhört, weitere Zehntausende würden wieder in den Produktionsprozess eingeschaltet werden können, wenn endlich die allgemeine gesetzliche Wertschöpfungswoche eingeführt würde. Der Reichsarbeitsminister hat im September eine Notverordnung über die Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht gestellt. Sie ist bis heute noch nicht erlassen worden.

Der Ruf nach Lohnsenkung hat dafür um so mehr Gehör gefunden. Dazwischen wurden mit staatlicher Hilfe die Löhne gesenkt mit der Begründung, daß dann alles besser werden würde. Tatsächlich ist nichts besser geworden. Das wissen auch die Arbeitgeber. Trotzdem haben sie zum 30. April fast alle Tarifverträge gekündigt, um weitere Lohnsenkungen durchsetzen zu können. Neue Schlichtversuche liegen vor, die den Arbeitern nochmals einen Lohnabsatz von 10 Prozent aufzwingen.

Der Kongreß erhebt entschiedenen Protest gegen diese widerwärtige Politik der Lohnsenkung, die zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen muß. Von Notverordnung zu Notverordnung ist die Zahl der Arbeitslosen gewachsen. Das darf nicht so weitergehen.

Es ist fast ein Wunder, daß das deutsche Volk nach allem, was ihm zugemutet wurde, diesen Winter überstanden hat. Die Disziplin und moralische Kraft der Arbeiterschaft verdient die höchste Achtung und Bewunderung. Aber Entlohnung und Opfer müssen endlich eine Grenze haben.

Nach hofft die Masse der organisierten Arbeiter darauf, daß es den Gewerkschaften mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der Reichsregierung gelinge, dem Massenelend zu steuern.

Die Krise durch Arbeitsbeschaffung zu lindern, eine Belebung der Wirtschaft anzubahnen. Soll dieses Vertrauen auch noch zerfallen? Das darf nicht sein, nicht um der Gewerkschaften, sondern um des Staates und des Volkes willen.

Man hat gesagt, eine Arbeitsbeschaffung großes Stills sei mit Rücksicht auf die außenpolitischen Interessen unmöglich. Man hat insbesondere darauf verwiesen, Frankreich werde daraus den Schluß ziehen, daß Deutschland noch nicht so arm sei. Inwiefern dieser Hinweis kann nicht gelten. Im Mittelpunkt der französischen Politik steht die Sicherheitsfrage. Die Gewerkschaften stellen aber vor aller Welt die Frage:

Dient es der Sicherheit Frankreichs, dient es der ernstgemeinten Befriedung Europas und der Welt, wenn infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Verelendung immer größere Kreise der Bevölkerung, insbeson-

dere auch die arbeitslosen Arbeiter, der Verzweiflung und dem politischen Radikalismus verfallen?

Kann also Frankreich im Ernst Folgerungen für seine weder wirtschaftlich noch moralisch gerechtfertigten Reparationsansprüche ziehen, wenn Deutschland die letzten noch vorhandenen Finanzreserven für die Beschaffung von Arbeit aufwendet auf dem Zweck, dem weiteren Fortschreiten der Verarmung des politischen Radikalismus zu begegnen?

Keinerlei übertriebene Rücksicht auf außenpolitische Interessen darf daher die Reichsregierung veranlassen,

die unmittelbare Inangriffnahme der großen Aufgabe der Arbeitsbeschaffung

hinauszuschieben. Arbeitsbeschaffung ist unter ihnen wie außenpolitischen Gesichtspunkten die zentrale Aufgabe der deutschen Politik. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

### Wilhelm Eggert

der stellvertretende Vorsitzende, hält das Hauptreferat über die Arbeitsbeschaffung

Bei der Taktik des

Verjagens des kapitalistischen Wirtschaftssystems, so erklärte er, sei die Forderung nach Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand von entscheidender Bedeutung. Der Plan der Gewerkschaften lautet:

Einstellung von 1 Million Arbeitskräften mit einem Aufwande von etwa 2 Milliarden Reichsmark, die durch verschiedene Mittel aufgebracht werden sollen. Einen Ausgleich für die etwaige Preissteigerung soll eine entsprechende Kartell- und Zollpolitik bringen. Eggerts Referat wird später in einer Entschlüsselung zusammengefaßt.

### Reichsarbeitsminister Stegerwald

nimmt namens der Reichsregierung das Wort und führt u. a. aus: Das Fernbleiben des Kanzlers hängt keineswegs etwa mit dem Beratungsgegenstand des Kongresses zusammen. Wir sind weder optimistisch noch zu pessimistisch gemeldet. Dem haben wir es zuzuschreiben, daß wir mit den Mitteln für die Arbeitslosenunterstützung noch so ausgestattet sind.

Ein Hauptfaktor für jede Besserung ist die außen- und innenpolitische Beruhigung.

Als Hauptursache des Schrumpfungprozesses kann ich nicht die Gebaltskürzung ansehen. Diese war unerlässlich, um unseren Etat in Ordnung zu halten. Bei einer solchen Kürzung der öffentlichen Personalausgaben um 2,5 Milliarden Mark konnte auch die Privatwirtschaft mit ihren Löhnen nicht unbeeinträchtigt bleiben.

Warum haben sich plötzlich Großunternehmer bei der Reichspräsidentenwahl für Hitler erklärt? Weil sie durch eine zweite Inflation ein zweites Mal ihre Schulden loswerden wollten.

(Lebhafter Zustimmung.)

Auch mir gefüllt vieles an den Notverordnungen nicht, aber ohne die Notverordnungen wären wir heute in einer Inflation, gegen die 1923 nur ein schwaches Vorbild gewesen wäre. Der Minister verteidigt dann seine Haltung in der Arbeitsbeschaffung gegen den Vorwurf, unter dem Druck der Unternehmer gestanden zu haben. Die Bankrottierung sei nicht aus Liebe zu den Aktionären erfolgt, sondern im Interesse der 4 Millionen Kontoinhaber, von denen die Weiterbeschäftigung großer Arbeitermassen abhängt.

Stegerwald betont, daß die Kosten für die Arbeitsbeschaffung auf keinen Fall durch eine Inflation „aufgebracht“ werden dürfen,

dagegen wäre selbst Nichtstun das kleinere Übel. (Zwischenruf) Bei den zu beschaffenden Arbeiten, so meint Stegerwald weiter, wird man neben der Haltung der Tariflöcher doch auch den freiwilligen Arbeitsdienst heranziehen und sogar erweitern müssen, aber so, daß das Geltungsgebiet der Tarife nicht bedroht werde.

Stegerwald erklärte weiter, daß er keine Möglichkeit sehe, im Laufe des nächsten Jahres die deutsche Rentenversicherung weiter auszubauen. Man müsse den Rentenbeiträgern ein Stückchen Land ausweisen, durch dessen Bebauung sie sich einen entsprechenden Zuschuß zur Rente verschaffen könnten. (Widerpruch.) Die Reichsregierung habe bereits sichere Finanzierungspläne für eine verstärkte Steuereinnahme, besonders für eine Verfestigung der fälligen Vorkausmittel ebenso auch für den Straßenbau und für Wohnungsbauvorhaben.

Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung erklärte Stegerwald, daß die Reichsregierung nochmals Besprechungen zwischen den Unternehmern und Gewerkschaften herbeiführen wolle und falls diese Besprechungen ergebnislos bleiben sollten, eventuell

durch eine Notverordnung die Arbeitszeit verkürzt werden sollte. An eine allgemeine Lohnsenkung nach dem 30. April würde weder im Reichsarbeitsministerium noch in der Regierung gedacht. Für das Gros der Arbeiter seien die Löhne nicht mehr zu hoch. Es seien aber noch einige Ausgleichungen notwendig. (Widerpruch der Delegierten.) Diese

Ausgleichungen sollen aber nicht das Signal sein für einen allgemeinen Lohnabsatz.

Minister Stegerwald schloß seine Rede mit der Versicherung, daß für die Arbeitslosen von der Regierung alles geschehen solle, was geschehen kann, ohne die deutsche Währung zu gefährden.

### Die Aussprache

Es folgte die Diskussion zur Arbeitsbeschaffung. Hieran beteiligte sich auch der preussische Ministerpräsident

### Otto Braun

der auf die Schwierigkeiten des Verhältnisses zwischen Staatsfinanzen und Wirtschaft hinwies. Der Staat habe gerade dann kein Geld, wenn die Not groß sei, und er am meisten helfen solle. Auch der Staat leide unter der Krise.

Trotz aller Schwierigkeiten müßten jedoch, sobald die politische Entscheidung gefallen sei, und auch in den Reparations- und Kreditverhandlungen eine Klärung erreicht sei, das Arbeitslosenproblem mit Kühnheit angepackt werden.

Er sehe nur eine Lösung: Eine ganz radikale Verkürzung der Arbeitszeit noch weit über die 40 Stundenwoche hinaus. Otto Brauns Darlegungen wurden von dem Kongreß mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Die Tagung schloß mit der Annahme einer

### Entschlüsse

in der die Gewerkschaften ihre Forderungen zur Arbeitsbeschaffung neu begründeten, und von der Regierung mit schärfer Einbringung Hilfe forderten, worüber wir morgen ausführlich berichten.



# Freistaat Baden

## Die Durchführung der Reichspräsidentenverordnung

Wie im ganzen Reich so wurde auch in Baden die Notverordnung des Reichspräsidenten auf Auflösung der SA und SS der Nationalsozialistischen Partei durchgeführt. Die Polizei nahm die entsprechenden Maßnahmen bei den SA-Meinen, die mit Hausdurchsuchungen verbunden waren, in Karlsruhe, Forstheim, Freiburg, Mannheim, Eppingen sowie einer Reihe anderer Plätze vor.

Die Aktion findet den Beifall der gesamten ordnungsliebenden Bevölkerung, die daraus sieht, daß endlich auch die Reichsregierung die Energie gegenüber dem Bürgerkriegstreiben der Hitler gefunden hat. Daß weite Kreise der Bürgerschaft anders denken als die Badische Presse und das Karlsruhe' Tagblatt zeigt folgende Auslassung des Badischen Beobachters:

„Endlich! — So denken Millionen staatsreuer Deutscher in diesem Augenblick — hat die Regierung Hindenburg-Präsident die Zivilkurage gefunden und dem ganzen Parteiarmeegespul ein ruhiges und schmerzloses Ende bereitet. Wie die friedliche Bevölkerung der ehemals besetzten Gebiete seitlich unter dem bewaffneten Gewand der SA ist, so reagierte der ordnungsliebende Deutsche in den letzten Wochen nur noch mit dumpfer, ohnmächtiger Wut auf diesen inneren Terror, der über die eigenen Volksgenossen ein zweites Verfallnis verhängt hatte. Ein Sturm von Forderungen war nach Karlsruhe gelangt, die alle nur die einzige Bitte eines geeinigten Volkes enthielten: Regierung, mach uns endlich frei! Es ist schon genug der äußeren Unfreiheit, nun noch eine innere hinzunehmen, die uns in den Vorheim der Diktaturen anfanglich angeknüpft worden war, was auf die Dauer schließlich unerträglich. So sind wenigstens einmal die äußeren Zwangsregeln und Katernen gefallen, die Landstrecke verlag. Wenn die friedliebende Bevölkerung in den nächsten Tagen und Wochen kräftig nachhakt und der Regierung auch weiter den Rücken steift, dürfte die innere Freiheit des deutschen Volkes vor einem zweiten Kolaten-Überfall gesichert sein. Die Maßnahme der Auflösung dient der Staatserhaltung. Sie entspricht einer streng überparteilichen, nach allen Seiten gleiches Maß anwendenden Einstellung der Reichsführung. Es geht nicht um Parteien oder Regierungen, es geht um den deutschen Staat selbst. Keine Reichsregierung kann es dulden, daß irgend eine Partei den Versuch macht, einen Staat im Staate zu bilden, und sich Machtmittel schafft, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen. Auch der Artikel 3 von Weimars Verfassung ist im Jahre 1923 der Auflösung verfallen. Weil er eine Gefahr für die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung war. Wenn der Staat keine oberste Autorität als Hüter des Gesetzes, als Schlichter friedlicher Staatsbürger veranschaulicht, so ist er in Gefahr, der Anarchie zu verfallen. Dieser erste Gesichtspunkt verdient in der gegenwärtigen Notzeit höchste Beachtung.“

## Wohnungsfürsorge nochmals vor dem Haushaltsausschuß

Weitensichtige Verbesserungen zu Gunsten des Wohnungsneubaus, des Neuhausebisses und der Altmohnungen gefordert

In der Vormittagsitzung des Haushaltsausschusses des Badischen Landtags am 13. April wurde der Haushaltsplan der Wohnungsfürsorge eingehend besprochen. Aus der Aussprache merkte man, daß es sich um ein weitreichendes Wirtschaft- und sozialpolitisches Problem handelt. Ein Zentrumsredner erklärte, daß wir um das Problem des Neuhausebisses, das auch ein Mietproblem sei, nicht herumkommen. Zinsentkennungen seien Mittel, worüber man sprechen könne; weitere Vorstöße behalte er sich vor. Ein weiterer Zentrumsredner beschäftigte sich mit den Vorschlägen des Städteverbandes. Wie dieser bemängelte er die einseitige Verwendung des Wohnungsbauanteiles aus der Gebäudesteuer für das Land. Daß zu viel Mittel für die Schuldentilgung ausgeworfen werden, dagegen zu wenig für den eigentlichen Wohnungsbau vorgezogen seien; es müsse einmal ein großes Reinemachen kommen, zuerst sei wohl eine individuelle Regelung statt einer generellen Regelung vorzuziehen.

Ein sozialdemokratischer Redner meinte, daß der Haushaltsplan für die Wohnungsfürsorge so nicht bleiben könne, er müsse verbessert werden. Er vermisse Mittel für den Wohnungsbau, obgleich doch landauf landab so schwer darniederliege. Der Kredit des Staates werde nicht geschädigt, wenn auch etwas weniger kurzfristige Schulden gedeckt werden. Auch für die Instandsetzung der Altmohnungen seien zu wenig Mittel vorgezogen, in sehr kurzer Zeit müsse der Kaiserchnitt zu Gunsten des Neuhausebisses gemacht werden. Augenblicklich sei durch die Herabsetzung der Zinsen von 1-1/2 Prozent und der Tilgungsquoten auf 3 Prozent viel gewonnen. Im Bezirk Rastatt herrsche große Erbitterung über die falsche Zinspolitik des Bezirkswohnungsverbandes. Der Vertreter des Mittelstandes brachte zum Ausdruck, daß man auf lange Zeit hinaus damit rechnen müsse, daß die Wohnungsmiete über der Friedensmiete liege; die Angleichung zwischen den Altmohnungen und Neuhausemieten herbeizuführen, sei richtig. Große Altmohnungen seien in Kleinmohnungen umzuwandeln, dadurch werde die Steuerfähigkeit der Hausbesitzer erhalten. Auch ein Vertreter der Deutschen Volkspartei meinte, es müsse etwas Grundregelndes geschehen. Man könne nicht dazu übergehen, Steuerwerte zu vernichten, indem man unrentable Häuser zusammenreißt. Der Vertreter der Regierung setzte sich dafür ein, daß die Einzelposten bewacher gestaltet werden. Die Ausgaben auf dem Anleihemarkt seien schlecht, sofern sich dieselben bessern, würden die restlichen 7 1/2 Millionen Mark zu Gunsten des Wohnungsbaus noch aufgenommen werden. Die eingestellten 800 000 M zum Schutze des Neuhause-

bisses seien lediglich eine erste Rate, die zweifellos noch erhöht werde. Ob es möglich sei, zu Gunsten des Wohnungsbaus die vorgesehene Schuldentilgungssumme zu kürzen, könne erst bei Beratung des Haushaltsplanes der Schuldentilgungskommission gesagt werden.

## Sind 41 000 badische Kommunisten beim 2. Wahlgang zu Hause geblieben?

Die kommunistische Arbeiterzeitung in Mannheim — so schreibt man uns — bejaht diese Frage. Die nationalsozialistische Presse sagt, diese 41 000 sind zum großen Teil zu Hindenburg übergegangen, keineswegs zu Hitler!

Was ist Wahrheit? Zahlen beweisen! Es haben erhalten am 10. April in Baden:

Hindenburg mehr	17 300 Stimmen
Hitler mehr	54 200 Stimmen
Thälmann weniger	41 300 Stimmen

Wo sind die Thälmann-Stimmen — auch bei verminderter Wahlbeteiligung — hingekommen? Im ersten Wahlgang am 13. März erhielten:

Düsterberg	28 500 Stimmen
Thälmann	148 300 Stimmen

Da Thälmann am 10. April rund 41 000 Stimmen weniger erhielt und die Düsterberg-Wähler, wie bemerkt, mit 28 000 einzuleben sind, stehen 69 000 Stimmen den 54 200 Stimmen, die Hitler am Sonntag mehr erhalten hat, gegenüber. Reserven hatten die Nationalsozialisten fast nicht mehr; die 54 000 setzen sich deshalb wohl fast ausschließlich aus Düsterberg- und Thälmann-Stimmen zusammen. — Im einzelnen kann dies an den Thälmann-Stimmen für die zwei Wahlgänge bewiesen werden. Thälmann erhielt in Baden:

Amtsbezirk	am 13. März	am 10. April	weniger
Mannheim	39 984	27 757	12 227
Forstheim	10 897	7 050	3 847
Karlsruhe	15 000	11 717	3 283
Heidelberg	9 654	7 123	2 531
Konstanz	6 299	4 239	2 060
Vörrach	7 379	5 582	1 797
Freiburg i. Br.	5 789	4 251	1 538
Offenburg	4 164	2 786	1 378
Willingen	2 446	1 533	913
Rastatt	6 027	5 122	905
Weinheim	3 752	2 790	962
Bruchsal	4 319	3 421	898
Schopfheim	2 313	1 627	686
Rehl	2 203	1 517	686
Waldshut	2 896	2 338	558
Lahr	2 160	1 620	540
Badstrich	1 257	775	482
Bühl	1 827	1 347	480
Stodach	1 332	920	412
Wolfsch	1 241	843	398
Eppingen	2 205	1 844	361
Müllheim	1 206	874	332
Wiesloch	1 585	1 259	306
Säckingen	1 465	1 161	304
Mosbach	1 357	1 069	288
Sinsheim	1 060	776	284
Enzen	1 004	725	279
Donauwörthingen	1 237	976	261
Neustadt	1 029	786	243
Bretten	822	590	232
Emmenzingen	930	706	224
Büden	491	340	151
Oberkirch	588	438	150
Rehlfirch	328	225	100
Hebrlingen	791	698	93
Wertheim	295	208	87
Laubersbichsheim	286	234	52
Staufen	422	378	44
Welsheim	157	116	41
Willsendorf	192	176	16

Wollen die Kommunisten angesichts dieser heimeistritzigen Zahlen noch behaupten, in den einzelnen Amtsbezirken seien alle diese früheren Thälmann-Wähler der Wahlurne im zweiten Wahlgang ferngeblieben? Sie dürfen es nicht wagen, und wenn sie es tun, so muß ihnen an der Hand der vorstehenden Aufstellung gesagt werden, daß sie einen ganz erheblichen Teil der 41 000 fehlenden Stimmen auf Hitler vereinigt haben. Das ist ihr Urteil und ihre Schuld am 10. April 1932!

## Mandatswechsel

Minister a. D. Dr. Leers (Staatspartei) hat sein Mandat infolge seines Wegzuges nach Berlin niedergelegt, sein Nachfolger wird Kaufmann Leopold Neumann von der Staatspartei, Karlsruhe.

## Falsche Anschuldigung gegen Freiburger Winternothilfe

Naziredakteur wegen Beleidigung verurteilt

— t. Freiburg, 12. April. Von dem Einzelrichter des Amtsgerichts wurde heute Redakteur Dr. Kerber von der nationalsozialistischen Tageszeitung Der Alemanne wegen Beleidigung durch die Presse

zu 140 M Geldstrafe oder zu 28 Tagen Gefängnis verurteilt. Dr. Kerber hatte in einem sensationell aufgezogenen Artikel der Zeitung der Freiburger Winternothilfe vorgeworfen, sie bezöge und unterstütze auf Kosten des Mittelstandes Adlige Warenhäuser und rote Konsumvereine. Als ihm deswegen von der Nothilfe eine Beichtigung ausgegangen war, verlas er den Abdruck derselben mit spöttischen Glossen, die zum Teil auch wieder als Beleidigung empfunden und vom Richter als solche gewertet wurden. Das Urteil soll auf Kosten des Beurteilten in den in Freiburg erscheinenden Tagesblättern veröffentlicht werden.

## Gemeindepolitik

### Die Gasernversorgung Oberbadens

Die Gasernversorgung Oberbadens GmbH, die über ein Stammkapital von 100 000 RM verfügt, welches sich in den Händen der Allgemeinen Energieversorgung AG Heidelberg und der Stadt Freiburg befindet, hat am 9. April ihre Gesellschafterversammlung über das Geschäftsjahr 1931 abgehalten. Es war das erste vollständige Betriebsjahr seit Errichtung des Unternehmens im Jahre 1929. Die Gesellschaft verzögert bekanntlich das Gebiet südlich von Freiburg mit den Orten St. Georgen bei Freiburg, Kirchhofen, Staufen, Sulzburg, Krosingen, Seltersheim, Mühlheim, Badenweiler mit einer Einwohnerzahl von 21 390 Köpfen. Angehängt waren Ende 1931 2164 Abnehmer gegenüber 1631 Abnehmer Ende 1930. Das Unternehmen hat sich trotz der Unkenntnis der Zeiten recht zufriedenstellend entwickelt und auch einen angemessenen Betriebsüberschuss erbracht, aus dem ein erheblicher Teil des Zinendienstes bestritten werden konnte. Dieses Ergebnis ist um so erfreulicher, als bei ähnlichen Anlagen selbst unter durchaus normalen Verhältnissen mit einer mehrjährigen Anlaufzeit gerechnet werden muß. Von Bedeutung ist weiter, daß Bankschulden, wie überhaupt Verpflichtungen an Außenstehende nicht vorhanden sind, da die Finanzierung durch den Hauptgesellschafter, die Allgemeine Energieversorgung AG Heidelberg erfolgte.

Von Interesse ist ferner, daß die Gesellschafterversammlung die Neueinführung eines Bodtarifs beschlossen hat, der den Abnehmern eine wesentliche Verbilligung des Gasbezuges bringen wird.

## Aus aller Welt

### Reichswehrsoldat vom Posten erschossen

W. B. Würzburg, 13. April. In der hiesigen Infanteriekaserne wurde ein Reichswehrsoldat, der zu spät zurückkehrte und deshalb den Weg über den Baum des Refektoriums wählte, vom Posten angetroffen, und, da er auf den Anruf nicht antwortete, erschossen.

### Landung des „Graf Zeppelin“

Friedrichshafen, 13. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ erlitten, von seiner zweiten diesjährigen Südamerikafahrt zurückkehrend, um 8.11 Uhr über dem Wertfeldsee. Um 8.22 Uhr war die Landung glatt vollzogen.

### Land in Nacht und Nise

Auf einer Strecke von über 800 Kilometer sind in den Cordilleren (Südamerika) acht Vulkan zum Ausbruch gekommen. Weiße Gegenden Chiles und Argentiniens werden ununterbrochen von Erdbeben heimgesucht; andauernd ertönen gewaltige Donnerläufe; da der Himmel von undurchdringlich dichten Nebenschichten überzogen ist, liegen die von dem Unheil betroffenen Provinzen in tiefer Dunkelheit. In der Stadt Mendoza an der argentinisch-argentinischen Grenze, die im Mittelpunkt der Katastrophe liegt, müssen die sanitärlich aufgeschreckten Bewohner den ganzen Tag Licht brennen. In den argentinischen Provinzen Colchagua und Talca sampiere die Bevölkerung im Freien. Infolge händiger Gasexplosionen erlitten Tausende Gasverätzungen.

Nach den Feststellungen der Wetterwarte dürften bisher ungefähr 4 000 Tonnen Sulfur- und Schwefelwasserstoff in die Atmosphäre entwichen sein. Stellenweise ist die Luft schon so dicht geschichtet, daß der Eisenbahnverkehr eingestellt werden mußte. Die gesamte Ernte ist vernichtet. Giftige Schwefelgase entströmen dem an vielen Stellen aufgetauften Erdboden. Mehrere Flugzeuggeschwader sind um die Befreiung der größten Gefahrenherde bemüht. Die Zahl der Todesopfer steht noch nicht fest.

### Mord in Wien

Der bekannte Wiener Obrenarz Professor Dr. Gustav Alexander wurde am Dienstag mittag vor seiner Wiener Wohnung durch drei Renolverschüsse getötet. Der Täter, ein 51-jähriger Schneidergeschiffe Soukop aus Stalko (Tschekoslowakei), konnte sofort festgenommen werden. Soukop behauptet, daß er einen Racheakt verübt habe; Professor Alexander habe ihm um sein Brot gebracht. Man erinnert in Wien daran, daß bereits kurz vor dem Krieg ein ähnlicher, aber mißglückter Anschlag auf Professor Alexander von einem Querulanten verübt worden war; vor Gericht erklärte dann der — später aus Oesterreich ausgewiesene — Attentäter, daß ihm bei einer Operation von Professor Alexander die Nase verunfaltet worden sei.

## Beschlagnahme des Stuttgarter Kommunistenblattes

Stuttgart, 13. April. Die Nr. 74 der Süddeutschen Arbeiterzeitung vom 13. April ist vom Polizeivordamm auf Grund der Notverordnungen vom 28. März 1931 und 10. August 1931 beschlagnahmt worden.

### Hitler spielt den Beleidigten

SPD Berlin, 13. April. Hitler hat seinen Rechtsbeistand Frank II beauftragt, gegen den preussischen Ministerpräsidenten Braun und gegen den verantwortlichen Redakteur des Vorwärts Strafantrag und Privatklage einzureichen wegen der Behauptung, Hitler und seine Partei verfolgten landesverräterische Absichten. Erst rebet der Scharlatan wie ein Landesverräter und wenn er dann entlarvt wird, spielt er noch den Beleidigten. Es gibt eben nichts, was bei den Herren im Braunen Haus nicht möglich wäre. Aber den Landesverrättern werden die Reviten schon noch gelassen werden.

Koche besser!  
Koche billiger!  
verlange gratis das  
Sanella Kochbuch

Über alle deutschen Sender:  
Jeden Freitag vormittag  
Sanne und Ella  
plaudern im Radio



VON DER MARGARINE-VERKAUFS-UNION, ABTEILUNG KOCHBUCH, BERLIN C2, BURGSTR. 24



### Gewerkschaftliches

#### Die KGO. als Denunziant

Man schreibt uns:  
Vor einiger Zeit inszenierte die KGO. im Danziger Hafen einen wilden Streik, dem sich auch, — um nicht als Streikbrecher verschrien zu werden, — die Mitglieder des Gesamtverbandes angeschlossen. Der Streik richtete sich gegen einen verbindlich erklärten Schiedspruch.  
Wie immer, wurden die KGO.-Mitglieder mit Vetteluppen, statt mit Geld abgeweiht, während die Mitglieder des Gesamtverbandes unterstützt wurden. Darüber gerieten die Drahtzieher der KGO.-Streikhelden in helle Wut. Ihre Mitglieder maulten und watschelten nun die Verurteilten? Sie liefen zu den Unternehmern und denunzierten den Gesamtverband, daß er Streikunterstützung auslasse. Mittlerweile brach der Streik zusammen, wie immer, wo die KGO. die sogenannte Führung hat, und die Unternehmer verklagten den Gesamtverband auf Schadenersatz. Als Zeugen liehen die Unternehmer vier kommunistische KGO.-Hafenarbeiter aufmarschieren, die auslanten, daß sie bestimmt wüßten, das der Gesamtverband Streikunterstützung ausbezahlt habe für diesen „wildem Streik“. Arbeiterinnen, Arbeiter, was lagt Ihr zu solch einem Gefindel? Sagt diese überall, wo sie sich motieren, zum Teufel, denn der Bericht steht diesen Verurteilten an der Stirne geschrieben.  
Ein alter Freigewerkschafter.

#### Der Bundesauschuß des ADGB

Der am Dienstag im Berliner Gewerkschaftsbaus getagt hat, nahm auch zur Aussprache im Ministerium über die Lohnfrage Stellung. Einmütig wurde in Uebereinstimmung mit dem Lohnpolitischen Ausschuß des ADGB, jeder weitere Einbruch in den Lohn als unmöglich abgelehnt. Auch gegenüber dem Versuch des Reichsarbeitsministeriums, die Löhne der hauptsächlich für den Binnenmarkt arbeitenden Berufe noch mehr als bisher dem allgemeinen Lohnabwärt zu anpassen, wurde scharfster Widerstand der Gewerkschaften angezündet.

#### Die Tarifkommissionen der Gemeindearbeiter und der kommunalen Straßenbahner

haben am Dienstag gemeinsam zu den Kündigungen der Mantel- und Lohnkarte, von denen rund 315.000 Arbeitnehmer erlöst werden, Stellung genommen. In den Beratungen wurde festgestellt, daß nur hiebei vier Lohnstützungen des vergangenen Jahres, durch Arbeitszeitverlängerung, Beseitigung von Mehrarbeit, Entlastung und Pensionierung des Lohnkontos der Gemeindebetriebe allein für Gemeindearbeiter und Straßenbahner um mehr als 30 Prozent verringert worden sei. Die treibende Kraft bei den Lohnkündigungen sei das Reichsfinanzministerium. Bedauerlicherweise trete das Reichsarbeitsministerium — das unabhängige Ministerium für Lohn- und Tariffragen — fast vollständig in den Hintergrund. Durch die Kündigungen der Manteltarifverträge werde eine weitgehende Verarmung der Leistungen dieser Verträge bedingt, ferner sei eine Herausnahme bestimmter Gruppen, so des Gesundheitswesens und der Bankarbeiter, aus diesen zentralen Verträgen geplant. Die Vorschläge des Verbandes über die auszuführenden Gegenmaßnahmen fanden einstimmig die Billigung der Kommission. In der von den Tarifkommissionen einmütig angenommenen Entschiedenheit, die den geschlossenen Abschüssen der Gemeindearbeiter und Straßenbahner gegen den Lohnabwärt zum Ausdruck bringt, wird hervorgehoben, daß jede weitere Lohnsenkung den scharfsten Widerstand der Gesamtgewerkschaft hervorrufen werde. Ebenso werde eine weitere Verschlechterung des sozialen Inhaltes der Reichsmanteltarifverträge nicht kampflos hingenommen. Der Verbandsvorstand müsse mit allen Mitteln dahin wirken, daß die drohende Verschlechterung der Lebenslage für die Mitglieder des Gesamtverbandes abgewehrt wird. Aufgabe der Mitgliedschaft sei es, den Kampf für die Erhaltung ihrer Rechte einheitlich und geschlossen zu führen und für den Ausbau des Verbandes tatkräftig einzutreten. Eiserne Disziplin und geschlossenes Handeln sei dringender denn je das Gebot der Stunde.

#### Kritische Nachbetrachtungen zur „Standard-Deutschlandfahrt“

Was ist bewirkt und erreicht worden?  
Es sei kurz vorausgeschickt, daß die 18 Wagen der „Standard-Deutschlandfahrt“ am 2. Februar 1932 ihre Reise begannen. Sie hatten sämtlich an der 30-Tage- und Nacht-Rest-Stop-Fahrt auf dem Kurburgenland teilgenommen. So, wie sie im November 1931 den Ring verließen, gingen sie an den Start zur „Deutschlandfahrt“. Mit anderen Worten: die Weltreise entsprach etwa einer 2-jährigen normalen Fahrtdauer. Aus der 30-Tagefahrt ergab sich zungunünstig die Kanalfahrt, nach 720 Stunden Fahrt ohne Pause auf der glatten, wenn auch schwierigen Kurvenstraße des Kurburgenlandes folgten jetzt rund 250 Stunden Fahrt bei jedem Wetter, auf Straßen jeder Gattung mit zahllosen Pöhlen, Anlässen, Bremsen, Kupplung, kurz: alle Organe des Wagens waren ständig beansprucht, wie das in der Fahrprotokolle fast täglich der Fall ist.  
Ein gedruckter Fahrplan schied jeden Wagen auf die Minute genau den Verlauf vor. Die von Delegierten des ADGB, ausgeführte händliche Kontrolle machte darüber, daß diese Zeiten ohne die mindeste Abweichung eingehalten wurden. 5.700 Kilometer waren in 60 Tagen zurückgelegt, an allen Sonn- und Feiertagen wurde pausiert. Von besonderer Wichtigkeit war das Logbuch an Bord jedes Wagens, dessen Führung alle Fahrer größte Aufmerksamkeit widmeten. In dieses Logbuch wurde alles, was das Fahrzeug anging, eingetragen: Brennstoff und Ölverbrauch, Reifenschäden und -ergänzung, Ersatzteilekosten und Einbau-Arbeitszeit usw.  
Die Zeitung sämtlicher Wagen übertraf alle Erwartungen, da ohne Rücksicht auf Wetter und Straßenzustand das vorbestimmte Pensum mühelos erledigt wurde. Und damit kann gesagt werden, daß der Gesamterfolg die beiden Standard-Nachfahrten mehr als rechtfertigt: die Aufmerksamkeit welcher Art auch das Kraftfahrzeug als ideales wirtschaftliches Verkehrsmittel hingelenkt worden. Hunderttausende wurden für das Kraftfahrzeug interessiert, und mehr als einmal wird die von allen, die die „Note Kolonne“ lasen, geäußerte Ueberezeugung von dem wirtschaftlichen Vorteil und der idealen Zuverlässigkeit des modernen Automobils zu einer Kundgebung veranlaßt. Anhaltungen sind geführt haben. Für Technik und Wissenschaft aber sind durch beide Fahrten Grundrissen geschaffen worden, die bestimmt sind, Wertmeyer bei der Verteilung autoindustrieller Erzeugnisse zu werden.  
Millionen haben in tausend großen und kleinen Städten Deutschlands die Standard-Kolonne gesehen und bewundert. Das, was die Automobilindustrie heute leidet, war hier sichtbar. Die gesamte Kraftfahrzeugindustrie ist ein ganz außerordentlich wichtiger Faktor im deutschen Wirtschaftsleben. Jedes neu in Dienst kommende Kraftfahrzeug bedeutet nicht nur neue Arbeitsmöglichkeiten für die Fabrikanten, sondern auch neue Verdienstmöglichkeiten für die Zubehör-Industrie und das große Heer Berufe, die mit Wartung und Pflege des Kraftfahrzeuges ihr Brot verdienen. Diese wichtige Tatsache gab den Ausschlag zur Durchführung der beiden großen Standard-Fahrten. Daß auch in dieser Hinsicht ein Erfolg erzielt wurde, steht trotz der für schwachen Wirtschaftslage fest. Denn es ist, daß Arbeitskräfte und Gemeinwohlstand wie hier, so überall zu einem Erfolg führen müssen!

## Feinde der Arbeiterschaft

### Dem Schmierfinken der Junker & Kuh-Schmierblätter in's Stammbuch

Der anonyme Besieger eines wieder unter Ausschluß der Öffentlichkeit erschienenen Schmierblattchens moß sich, weil er die Wahrheit nicht ertragen kann. Deshalb schimpft er, verdächtig und verleumdet. Ein treuer Verehrer von Lenins Lehre, nach der Lüge und Verleumdung dem politischen Gegner gegenüber erlaubt ist. In dieser Eigenschaft übertrafen die Jünger Moskaus noch ihre Bundesbrüder von Clementen denen — Revolutionsjournalisten gleich — selbst das Bräutchen ihres politischen Gegners nicht heilig ist. Für solche Kampfmethode gibt es nur zwei Sorten von Schmierfinken, nämlich die beiden Gefinnungsfreunde Kasi und Kosi. Verächtlich ist dies aber, denn wo der Geist fehlt, muß er eben durch Schmutz ersetzt werden.

Unsere Gewerkschaftsangehörigen sollen Schlemmer sein? Vor Euren Augen schweben allem Anschein nach jene Diners, welche die russische Sowjetpolitik händig für die Vorkünderin und Schloßbarone der Schwerindustrie, bei denen der Kaviar löffelweise gegessen und die erquisiteiten Weine neben den auserlesenen Speisen serviert werden. Jedenfalls denkt Ihr, was der größtmöglichen Hölle fertig bringt, können unsere Sowjetpolitiker schon lange. Dann aber bitte — verwerft Eure Bonzen nicht mit unieren Ansehnlichen.

Dann nennt Ihr unsere Gewerkschaftsangehörigen „vollgefressene Bonzen“. Auch hier steht Ihr im Geiste Euren, bei Stalin wieder in Gnaden aufgenommenen Sinowjew, dessen Bild Ihr auch mit unieren Kollegen Deißler auf Euren Schmierblattchen verwerflich habt. Jeder, der es anhat, rief aus „das ist ja der leibhaftige Sinowjew am Redebrett von Gopow“. Im Bilderrahmen steht Ihr ebenso arrogant wie im Leben. Unsere Ansehnlichen sollen Euer Verehrer der Polizei angesehen haben? Warum erhebt diese Verleumdung nicht öffentlich. Wie uns berichtet, kriegt Ihr von dort direkt Antwort. Streikbrecher nennt Ihr uniere Kollegen? Dabei ist selbstverständlich, daß KGO. und Streikbruch ein und dasselbe ist. Euer Karole lautet: Feia im Betrieb, großmächtig außerhalb desselben.

Ihr habt aufgefordert, Thälmann zu wählen? Thälmann den russischen Reitergeneral? Habt Ihr nicht genug von der Antwort, die Euch die Arbeiterschaft am 13. März gegeben hat? Die Arbeiterschaft weiß, daß jede Stimme für Thälmann eine Stimme für Hitler bedeutet. Ihr habt am 10. April die zweite Quittung bekommen.

Nur zu der Verdächtigung gegenüber unierem Kollegen Deißler. Wir haben Euch schon oben genügend gekennzeichnet, wollen aber Euch auch hierauf eine Antwort geben. Also zuerst war D. an der Nordsee, jetzt auf einmal ist es die Dniep; warum denn nicht am Bosphorus? Aber auf darauf soll, wie wir hören, Koll. Deißler die Antwort selbst geben. Eines aber wollen wir festhalten. Ihr seid nicht bloß frech, nein auch dumm. Weshalb ist ein Bourgeoisobedeort? Rast Euch doch Euer Schulgeld ausbezahlen; denn nach Eueren agrarischen Verträgen ist dann eben das Land Baden ein Luftkurort. — Im gleichen Atemzug schreibt Ihr, daß uniere Koll. Deißler im Thermalbad Kriegingen war und zwar auf Kosten der Kollegen vom Betrieb Junker & Kuh, die in diesem — nebenbei gesagt oben Neit — Stellung gesucht und gefunden haben? Doch das wißt Ihr, aber Ihr spekuliert ja auf die Dummheit der Massen. Glauben tut Euch ja niemand mehr. Gefindel kann niemand ernst nehmen.

Mörderden? Wenn Ihr noch ein Funken Schamgefühl besitzen würdet, dann irädert Ihr das Wort nicht aus, denn wie überall, laßt Ihr auch hier die Armen schuldig werden. Die Drahtzieher von Mörderden sind ausgegriffen, die Festsätze, und die verhetzten Arbeiter sehen nun schweren Strafen entgegen.

Nach wie haben diese Wankvolontäre sich bei Kämpfen in die vorderste Reihe gestellt, immer schoben sie andere vor und rissen dann aus, wenn gefahrlich wurde.

Und Ihr, was! Arbeiterführer ein? Euch nennt die Arbeiterschaft zur Genüge, deshalb meidet sie Euch und dabei die Wut gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften.

Habt Ihr nicht genug an der letzten Reichspräsidentenwahl? 8-10 Millionen Stimmen wolle! Ihr haben und das Resultat? Kaum die Hälfte. In Berlin allein habt Ihr im ersten Wahlgang 54.000 Stimmen gegenüber der letzten Reichstagswahl verloren und in Hamburg 45.000. In einer Reihe anderer Städte — wie Halle und in Bessen — ist genau das gleiche Bild. Sieht nur lo weiter.

#### Auskünfte der Redaktion

**J. M. Hansen.** Eine genaue Bestimmung ist darüber in den Wahlprotokollen nicht enthalten, aber der Wahlortsteher hätte sich nichts vergeben, wenn er die beschriebenen Zettel vorgelesen hätte.  
**K. A.** Die Ausschaltung des Wahleregebnisses ist eine öffentliche Handlung, zu der jeder Wähler Zutritt hat. Wenn der Wahlortsteher die Leute hinausgewiesen hat, so machte er sich eines Verstoßes gegen die Wahlvorschriften schuldig.

**W. M.** Die Kassenunterstützung in Klasse 7 beträgt, wenn noch ein Zuschlagsberechtigter in Frage kommt, wösendlich 14.63 Reichsmark. Wenn jedoch sonstige Einkünfte noch in Frage kommen, kann eine Revidierung der Unterstützung vorgenommen werden, indem bei der Kassenunterstützung die Frage der Bedürftigkeit eine Rolle spielt.

**L. K. A.** 1. Die Leistung der Kasse dauert 12 Wochen. 2. Wenn nach der 12wöchigen Frist die erste Krankheit weiter besteht, und selbst eine andere Krankheit dazu kommt, braucht die Kasse nichts über die 12wöchige Frist hinaus zu zahlen. 3. Nach oben Gesagtem ist die Kasse nicht verpflichtet, Krankentilge zu gewähren. Werden Sie sich an die Städtische Fürsorge.

**Ar. 100.** Wer arbeitsunfähig ist, ist nicht verpflichtet, Invalidenmarken zu fleben. Stellen Sie Antrag auf Invalidenrente, wenn Sie dauernd arbeitsunfähig sind.

**Nach Scherzheim.** Die bisherige Invalidenrente läuft als sogenannte Altersrente weiter.

**A. W. Hintzeim.** Wir haben Ihre Kritik der Verwaltung der betreffenden Organisation übermitteln, da sie sich zur Veröffentlichung nicht eignete.

**Ar. 169.** Für die Auffindung der Leiche eines durch Treibend Getroffenen ist eine gesellschaftliche Belohnung nicht ausgesetzt.

**W. H. L.** Ein Bürgermeister hat nicht das Recht, an einen Einwohner eine Belohnung auszugeben, daß er betteln gehen darf. Auch ein Kasibürgermeister hat sich an die gesetzlichen Vorschriften zu halten. Erheben Sie doch Widerspruch beim Bezirksamt. Gerechtigkeit. Auch der geistliche Religionslehrer ist durch Schulgesetz an die Schulordnung gebunden, und er darf dabei nicht einen Schüler mißhandeln, verächtlich machen oder insultieren. Handelt es sich um einen Volksschüler, ist etwaige Beschwerden beim Stadtschulamt bzw. Schulrektor anzubringen. Sollte aber die vermeintliche Schädigung des Schülers aus Ihrer Nichtbereinstimmung mit den von dem Geistlichen vorgebrachten Lehren resultieren, steht Ihnen das Recht der Abmeldung vom Religionsunterricht zu.

Das ist aber die Quittung für Euer arbeiterrätliches Verhalten. Wenn man mit Hitler an einem Strang zieht, wenn — was kein Geheimnis ist — Euer größtes Maulbeiden offen und verdeckt dafür eingetreten sind, im zweiten Wahlgang Hitler zu wählen, braucht Ihr Euch nicht wundern, wenn Euch Eure Wähler davon laufen, da diese mit einem solchen Gefindel nichts mehr zu tun haben wollen. Beweis der zweite Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl.

Über 1 Millionen Eurer Wähler sind offen ins Hitlerlager übergegangen und dabei besitz Ihr noch die Frechheit, uns uns Sozialfaschisten zu nennen. Kasi und Kosi, Ihr seid einander wert.

Nicht mehr lange wird es dauern und die Arbeiterschaft wird Euch anspuden.

Ihr schreit auf, weil ein gewisser Koden aus dem DMB gemorfen wurde? Merkt Euch eines, Arbeiterschuldlinge und Kerzer haben in unserer Organisation keinen Platz, die mögen dort hingehen, wo sie hingehören, zu der Streikbrechergarde der KGO.

Ihr schimpft auf den Volkstfreund? Nur zu, je mehr Ihr ihn verächtlich, umso mehr werden die Arbeiter zu ihm halten, denn diese wissen genau, wer ihre Interessen jederzeit unerschrocken vertritt. Die Zahl der Leser des Volkstfreund vermehrt sich ständig, während die sogenannte Arbeiterschaft der Abmontierschwindlucht entgegengeht. Das wißt Ihr genau, daher die Wut und das Gefreit.

Wir rufen unieren Kollegen und Kolleginnen zu: Best und abonniert den Volkstfreund, das Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften.

#### Die Funktionäre der Freien Gewerkschaften.

NB. In den nächsten Tagen werden wir in einem ausführlichen Artikel den Nachweis liefern, wie die Beitragsgelder der KGO. verbraucht oder besser gesagt, verprakt werden.

#### Erklärung

Erneut hat der Verfasser des kommunistischen Schmierblattes, das dieser Tage in unierem Betrieb verteilt wurde, eine Reihe Lügen gegenüber meiner Person aufgestellt.

Er schreibt u. a., ich sei mit Frau und Kind in dem „Bourgeoisbad Weidom“ gewesen. Ich erkläre diese Behauptung für Lüge und Verleumdung und fordere den Verfasser dieser Behauptung auf, seinen Namen endlich zu nennen. Hoffentlich kommt der Feindling dieses Mal der Aufforderung nach. Josef Deißler, Karlsruhe.

#### Erklärung

In einem anonym erschienenen, bei der Firma Junker & Kuh verteilten Schmierblattchen, stellt der Verfasser dieselben die Behauptung auf, die Angeestellten des DMB, hätten die Verteiler, die vor einigen Wochen ein anders Schmierblatt vor der Fabrik ausgeteilt, der Polizei denunziert, so daß sie verhaftet und bestraft wurden.

Genau wie unieren Koll. Deißler, verleumdet der feige Verurteilte uns. Dazu erklären wir folgendes: Der Verfasser ist nicht bloß ein Verleumder, sondern auch noch ein Feindling so lange, bis er seinen Namen öffentlich bekannt gibt. Im übrigen können solche Schmierfinken uns nicht beleidigen.

Die Angeestellten des DMB. — Verwaltungsstelle Karlsruhe.

#### Eine „Kieserversammlung“ der KGO.

Auf Freitag nach Geschäftsabschluss hatte die KGO. und die KGO. für die beiden Betriebe Junker & Kuh und die „Berka“ eine Kieserversammlung der Betriebsarbeiter und Arbeiterinnen in den Rürttembergischen Hof einberufen. Der Erfolg war verblüffend und großartig. Erschienen waren von der Firma Junker & Kuh 3 Mann, darunter der B., von der „Berka“ 3 Mann und 1 Arbeiterin, dazu der Referent, Herr Stadtrat Bauer. Lok hundertlangen Wartens hielten die „Massen“ woa und die KGO. ist wieder einmal belehrt worden, daß die Arbeiterschaft von ihr nichts wissen will. Dafür reihen sie aber ihr Maul um so größer auf. Ja, ja, wenn alles so leicht wäre wie das Lügen und Verleumden, dann hätte! Ihr eine Kieserversammlung statt ein paar großmäulige Schreier.  
Ein Verarmungsbeschwerer.

tionen, steht Ihnen das Recht der Abmeldung vom Religionsunterricht zu.

**Kassenheinhalt.** Der Stromlieferant kann nicht haltbar gemacht werden.

**E. B. Karlsruhe.** Nach unieren Informationen sind Sie zur Bezahlung der Kirchensteuer verpflichtet.

**Leuben.** In Ihrer Anwesenheit haben wir uns bei einem Chemiker erkundigt, der uns aber das Rätsel auch nicht lösen konnte.

**S. G. 1.** Es genügt der Name der Firma (omie der Ort. Die Karlsruhe Niederlassung befindet sich Stefanienstraße 67. — 2. Bei einer schon vor 1922 erfolgten Auszahlung kommt eine Aufwertung nicht in Frage.

**Saasfeld.** 1. Zwischen Kommunismus und Sozialismus besteht im Kernpunkt an sich wenig Unterschied. Es sind in der Hauptfache tatsächliche Differenzpunkte, die den Grund der Trennung bilden. Die KGO. will vollständig auf dem Wege der Diktatur den Kommunismus errichten, während die Sozialdemokratie auf dem Boden der Demokratie den Sozialismus zu verwirklichen gedenkt. Die bolschewistischen Methoden lehnt die Sozialdemokratie ab. 2. Circa 10.000 bis 12.000 Mark.

**Warer.** Ein evangelischer Geistlicher bezieht keine RM. 800.— Monatsgehalt. Im übrigen wird ja bei den Verhandlungen der Landesbehörde die Gehaltsfrage eine Rolle spielen, und die einzelnen Gehälter dürften bei dieser Gelegenheit bekannt werden.

**W. S. 100.** Wir können Ihnen mit dem besten Willen nicht sagen, wieviel die von Ihnen genannte Firma Steuer bezahlt.

**Brau B.** Wenn die Kasfrau K. Ihnen gesagt hat, daß wenn Hitler an die Macht komme, alle Nazis ihr in der Inflation verlorener Geld wieder zurückhalten werden, den Zentrumsangehörigen und Sossen ihr Geld verperrt werde, so ist dies altester Unsinn. Lassen Sie ruhig nach wie vor Ihr Geld bei der Sparkasse, denn es ist dorten mindestens so gut aufgehoben, wie wenn Sie es zu Hause aufbewahren. Weidrigens ist der Sparkassendirektor nicht zu verwechseln mit dem Stadtschulrektor, welcher letzterer den Nazis angehört.

#### Wasserstand des Rheins

Basel Plus 24; Waldshut 219, gef. 1; Schutterinsel Plus 81; Reßl 242, gef. 6; Maxau 427, gef. 8; Mannheim 323, gef. 9 Arm.

Bevorzugt Handarbeit  **Bürgerkalix**  **Kalix 4 Pfennig**



# Zwischen Genugtuung und Beforgnis

## Nationalisten, Faschisten und Kommunisten vom Präsidentenwahlergebnis enttäuscht

Die Pressestimmen auf der ganzen Welt zum Ausgang der Reichspräsidentenwahl liegen jetzt vor. Überall ist die Wiederwahl Hindenburgs begrüßt worden, und mit besonderer Genugtuung wurde vermerkt, daß seine Stimmzahl gegenüber dem ersten Wahlgang noch um mehrere hunderttausend Stimmen vergrößert und sogar die absolute Mehrheit klar überschritten werden konnte. Allerdings wird auch die Beforgnis nicht verschwiegen, die das Anwachsen der Hitlerstimmen bei all denen gesetzt habe, die in der nationalsozialistischen Bewegung ein Element der Unruhe und der Unordnung erblickten. Daß dieser Zuwachs nicht nur, wie erwartet, aus den Wählerkreisen Düsterbergs, sondern auch aus dem Lager Thälmanns stammt, wird als ein Grund mehr bezeichnet, die weitere Entwicklung in Deutschland vor allem bis zu den Preußenwahlen mit Aufmerksamkeit und Zurückhaltung zu betrachten. Mit anderen Worten:

Das internationale Vertrauen zu Deutschland, das eine unerlässliche Vorbedingung für dessen wirtschaftliche Gesundung bildet, ist noch nicht völlig wiederhergestellt.

Hätte Hitler geiegt, dann wäre es mit einem Schläge zertrümmert worden, und wir würden schon jetzt die katastrophalen wirtschaftlichen Folgen dieses Wahlausganges zu spüren haben. Hindenburg hat der Welt neue Hoffnung auf eine innere Konsolidierung und auf einen Wiederaufstieg Deutschlands gegeben. Aber diese wirtschaftlichen Rückwirkungen dieses Sieges der Vernunft können sich noch nicht voll auswirken, weil die Verneinung der Hitlerstimmen noch immer als ein Argument gegen Deutschland verwertet werden kann.

Wenn die nationalsozialistische Presse jene Auslandstimmen mit besonderer Genugtuung verzeichnet, in denen die Beforgnis zum Ausdruck kommt, so liegt darin ein reichliches Maß von Weltfremdheit, oder auch von Zynismus.

Denn je härter draußen in der Welt die Sorge um die Zukunft Deutschlands im Hinblick auf die Stärke der Hitlerbewegung zum Ausdruck gebracht wird, desto schwerer wird es sein, die deutsche Wirtschaft wieder anzukurbeln, die nun einmal auf internationalen Kredit, d. h. auf internationales Vertrauen angewiesen ist.

Es gibt allerdings drei Kategorien von Auslandsblättern, die die Wiederwahl Hindenburgs mehr oder minder offen bedauern. Das sind einmal natürlich die kommunistischen Blätter der ganzen Welt, die unter Führung der Moskauer Presse weiter bemüht sind, nachzuweisen, daß Hindenburg und Hitler im Grunde genommen dasselbe bedeuten, daß sie beides Exponenten des Faschismus seien. Sie müssen an diesem Irrsinn schon deshalb festhalten, weil Hindenburg vor allem seinen Sieg der Unterstützung durch die Sozialdemokratie verdankt, und weil für die Bolschewisten wirklich die Sozialdemokratie oder, wie sie so schön sagen, der „Sozialfaschismus“ der Hauptfeind ist.

Die zweite Kategorie der Enttäuschten ist in Frankreich zu finden, dort sind es die nationalistischen und reaktionären Blätter, die

ebenfalls bemüht sind, die Bedeutung des Sieges Hindenburgs herabzusetzen und denen der Stimmzunahme Hitlers am 10. April ein Geflecht des Himmels ist. Wenn es nach ihren Wünschen gegangen wäre, konnte Hitler nicht genug Stimmen bekommen, wäre Hitler gewählt worden, denn die größten Feinde Deutschlands in Frankreich benötigen für ihre Propaganda nationalsozialistische Erfolge in Deutschland, wie das liebe Brot. Diefelben Kreise, die den Versailler Vertrag als zu milde kritisierten, die zur Ruhrbesetzung drängten, die gegen die Rheinlandräumung bestanden, die jedes Zugeständnis an den deutschen Standpunkt sowohl in der Reparations- als auch in der Abrüstungsfrage als ein nationales Verbrechen bekämpften, wünschten Hindenburgs Niederlage, um die eigenen Wähler mit dem Schreckgespenst des Hiterischen Revanchegedankens kopfschütteln zu machen. Nachdem ihre Hoffnung auf den Sieg Hitlers enttäuscht worden ist, klammern sie sich jetzt an die Hoffnung auf eine Niederlage Brauns und Severings in Preußen. Diese stillschweigende Bundesgenossenschaft und Interessengemeinschaft zwischen der französischen und der deutschen Reaktion ist ebenso zynisch und ebenso perwers wie das Bündnis zwischen Salferens und Souverjens, das wir hierzulande seit Jahren erleben müssen.

Die dritte Kategorie von Enttäuschten ist die italienische Faschistenpresse. Schon nach dem 13. März hatten sich einige römische Faschistenblätter so plump und gebällig über Hindenburg geäußert, daß man sich in diplomatischen Kreisen Roms über diese Taktlosigkeit wunderte. Denn bekanntlich ist die gesamte italienische Presse unter dem Faschismus als offiziös zu betrachten. Sie schreibt nur das, was die Regierung wünscht und nichts, was den Regierungsansichten widerspricht. Es war damals sogar das Gerücht verbreitet, daß die deutsche Botschaft diplomatische Vorstellungen in Rom erhoben hätte. Sicher war dieses Gerücht falsch, denn das deutsche auswärtige Amt besitzt viel zu wenig Willkür, um sich an einer solchen Aktion aufzuführen. Dabei wäre ein solcher Protest in einem Lande, wo die Pressefreiheit völlig aufgehoben ist und die Zeitungen samt und sonders Regierungsorgane sind, durchaus angebracht gewesen.

Auch jetzt überschlägt sich die italienische Presse förmlich in Lobeshymnen über die unwiderstehliche Kraft Hitlers über seinen unaufhaltsamen Vormarsch, über seinen anhaltenden Sieg und frohlockt über die erhoffte Niederlage Brauns und Severings in Preußen. Gewiß spielen dabei innerpolitische Momente eine Rolle. Ebenso wie die Moskauer Presse den Auftrag hat, täglich zu beweisen, daß die Weltrevolution auf dem Marsch ist — was ihr allerdings seit dem 10. April ziemlich schwer fallen dürfte — ebenso ist die faschistische Regierung Italiens ananisch der wachsenden Mißstimmung im eigenen Lande daran interessiert zu beweisen, daß gleichzeitige Bewegungen im Auslande Fortschritte machen und daß der internationale Sozialismus abgewirkt habe.

Das deutsche Volk wird in Preußen, in Bayern und in Württemberg am 24. April die gebührende Antwort auf diese Spekulation der französischen Nationalisten und der italienischen Faschisten erteilen.

# Tageskalender

der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Sozialdemokratische Stadtratsfraktion  
Deute nachmittag 3 Uhr Fraktionsführung.

Die Bezirksleiter werden dringend ersucht, noch im Laufe dieser Woche die Quartalsabrechnung zu erledigen.

Frauenaktion — Bezirk Oststadt  
Samstag, 16. April, abends 8 Uhr, findet im „Bernhardushof“ ein Unterhaltungsabend statt. Die Genossinnen der Oststadt sind freundlichst eingeladen.

Frauengruppe  
Am kommenden Montag vormittag 8.30 Uhr findet eine Besichtigung des Stadt. Vieh- und Schlachthofs statt. Genossinnen, die an dieser Besichtigung teilnehmen wollen, werden gebeten, bis zum Freitag sich bei ihren Bezirksführerinnen in die aufstehende Liste einzutragen.

Freier Hausfrauenbund  
Unsere nächste Zusammenkunft findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, im Zentralverband der Angestellten, Gartenstr. 25, statt. Tagesordnung: Geschäftsbericht und Vortrag von Frau Stast. Zudem wir keine besonderen Einladungen ergehen lassen, bitten wir unsere Mitglieder um zahlreiche Beteiligung.

Arbeiterwohlfahrt  
Heute Donnerstag, 14. April, abends 8 Uhr, Karl-Friedrich-Str. 22, 3. St., Koffkaud's Kaffeehaus. Hierzu sind die Bezirksleiterinnen freundlichst eingeladen.

# EISERNE FRONT KARLSRUHE

Mittel- und Südbesitzstadt  
Donnerstag abends 8 Uhr Eintreten in der Turnhalle der Leopoldschule (Leopoldstraße 7). Alle Kameraden haben anzutreten.

Abend  
Uebungsabend Freitag 18 Uhr Sebelshule, Kreuzstraße. Turn- oder Hausmusik mitbringen. Donnerstag abends 17 Uhr beim Bezirksobmann, Kaiserstraße 46, Zusammenkunft.

# Verbandsanzeiger

Karlsruhe.  
Freie Turnerschaft, Fußballabteilung, Freitag Spielfestversammlung im „Gambinus“. Auch die alten Herren werden gebeten, zu erscheinen.  
Naturfreunde, Morgen Freitag im Volkshaus Vortrag über: Die wirtschaftliche Entwicklung Badens. Referent: Gen. Landtagsabgeordneter K u d e r t.

Neuerscheinung 1932  
Preis nur 2 Mk.



Keine Reise, keine Wandertour  
ohne  
Dietz Reise- und Wanderführer  
Volksfreundbuchhandlung  
Karlsruhe, Waldstr. 28, Fernruf 7020/7021

Badisches Landesheater  
Donnerstag, 14. April  
19.26  
(Donnerstagsmiete)  
Th.-Gem. I. S.-Gr.  
Zum ersten Mal  
Vor Sonnenuntergang.  
Schauspiel von  
Gerhart Hauptmann  
Regie: Baumhach  
Mitwirkende: Beckrom,  
Erhardt, Ermardt,  
Erwig, Frauendorfer,  
Grand, Ernst,  
Gemmeke, Herz,  
Höcher, Knebel,  
Kienhöfer, P. Müller,  
Prater, Schulze,  
u. d. Trenz  
Anfang 20 Uhr  
Ende nach 22.30 Uhr  
Preise B (0.70—4.20, 4).

**Gut essen**  
trotzdem sparen  
**3 Sondertage**  
Donnerstag, Freitag,  
Samstag  
4 Paar Frankfurter  
Delikatesswürstchen nur 50  
3 Paar Frankfurter  
Delikatesswürstchen  
mit 1/2 Pfd Sauerkraut  
oder mit 1 Pfd. Bohnen  
oder 1 Pfund Linsen  
ein Mittagessen  
f. 3 Personen  
für nur 50

**Pfannkuch**  
Pfannkuchwaren helfen sparen

Suche für meinen  
Jungen Schriftsteller als  
Sattler. Angebote an  
Josef Müller, Rhein-  
straße 36 a. V. 20631

Ranger Buchdrucker  
führt Arbeit ab welcher  
Hr. Kurt Gläuber,  
Wietingheim, Kronenstr.

4 extra billige Tage  
Donnerstag bis Montag

Wer Gardinen braucht,  
sollte sie jetzt kaufen.

Landhaus-Gardinen mit Einsatz, Vol. u. Spitze Mtr. v. 22.75 an	Schwedenstreifen 120 cm breit, Indanthren . . . Mtr. 95.75
Volle 112 cm breit, weiß . . . Mtr. 85.75	Vorhangkörper 130 cm br. Mtr. 1.20
Volle 112 cm breit, farbig bedruckt, Mtr. 1.10	Dekorations-Ripse 80 cm breit . . . . . Mtr. 90.75
Kunstseide 120 cm breit, fein gestreift . Mtr. 95.75	Jacquard-Ripse 120 cm breit . . . . . Mtr. 1.20 an

**Decken**  
Kunstseid. Tischdecken 130/150 . . . . . von 3.50 an  
Dzwanddecken Gobelin von 4.50 an  
Wollschlafdecken  
kamelhaarfarbig . . . . . von 8.90 an

Steppdecken Satin  
volle Größe . . . . . von 9.50 an  
Steppdecken Oberseite  
kunsst. Damast in guter Ausf. 13.75

Alle Anfertigungen im eigenen Atelier schnellstens

Druck-Linoleum-Reste 200 cm br., bis 7 m Länge  
wieder eingetroffen □ m 1.95

**KNOPF**

**Achtung! Hausfrauen!**  
Ab 16. ds. Mts. befindet sich mein  
Geschäft  
**Waldstraße 62**  
Gewaltige Preisermäßigung  
bis 30. ds. Mts. in Sonntags-  
Sonderpreisen, Farben, Leinwand,  
Seiden und noch 5% Rabatt. 228

**Heinrich Weber**  
bisher Waldstraße 77

**FRISCHE FISCHE**  
Direkt ab See in  
Spezial-Fisch-  
Waggons  
billigst

**Kabliau**  
Pfund 15  
i. g. z.  
**Kabliau-Filet**  
ohne  
Bauchlappen Pfd. 25  
Paniermehl, Kapern, Zitronen  
**Lachsheringe**  
Fette zarte Fische  
St. 6 10 St. 58  
**Voll-Heringe**  
10 Stück 35 u. 43  
pur Milchner 10 St. 68  
Satzgurken off. St. 5 u. 3 St. 10  
Essiggurken . . Dose 40  
Hl. Gewürzgurken Dose 50  
offen 16

**Pfannkuch**  
... und Urspr. Rabatt  
stark in vollem Estrage  
entlocher

**Reichsbund**  
der Kriegbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen Ortsgruppe Gengenau  
Samstag, 16. April, abends 8 Uhr,  
**Großer Lichtbilder-Vortrag**  
„Die Hölle von Verdun“ und „Landflurmanns Verdagna 1914—18“  
Referent: Gustavretter Lenne, Karlsruhe.  
Mitwirkende: Reichliches Männerquartett  
Streichmusikensemble, Gengenau  
Eintritt frei Berlin Nr. 0.25  
Vieru ladet freundlich ein Der Vorstand.

**DURLACH**  
Zum Schulanfang  
Liefert das Haus für Papier- und  
Bürobedarf  
**Fa. Karl Walz, Durlach**  
Inh.: G. Hohly, Buchhandlung  
„Kleinliche Lernmittel und Bücher nach  
Vorschrift für Ge-erbe-, Handels-, Mäd-  
chenbürger- und Volksschule in nur  
besten Qualität zu niedrigsten Preisen.“  
Modern. Liegeport-  
wagen, eis. Kinderbett  
zu verk. Durlachstr. 18, 1 r.

**DURLACH**  
Zum Schulanfang  
Liefert das Haus für Papier- und  
Bürobedarf  
**Fa. Karl Walz, Durlach**  
Inh.: G. Hohly, Buchhandlung  
„Kleinliche Lernmittel und Bücher nach  
Vorschrift für Ge-erbe-, Handels-, Mäd-  
chenbürger- und Volksschule in nur  
besten Qualität zu niedrigsten Preisen.“  
Modern. Liegeport-  
wagen, eis. Kinderbett  
zu verk. Durlachstr. 18, 1 r.









# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

14. April.

1759 + Komp. Georg Friedrich Händel. — 1832 \*Wirkareisenber  
Geb. Hobbs. — 1865 Amerikanische Präsident Lincoln ermordet.  
— 1894 + Dichter Ad. Friedrich v. Schad. — 1916 Zimmerwalder  
Konferenz. — 1920 Aufruf Parteivorstand: Wachsamkeit gegen Re-  
aktion. — 1931 Spanien wird Republik.

## Polizeiliche Maßnahmen zum Verbot der SA in Karlsruhe

In Auswirkung des allgemeinen Verbotes der SS- und SA-Formationen für das ganze Reichsgebiet wurden bereits um 18 Uhr in verschiedenen badischen Städten polizeiliche Durchsuchungen in den SA-Heimen und Geschäftsstellen vorgenommen. Im Verlagsgebäude des Führer, vor dem sich nach Bekanntwerden des Verbots größere Menschenmassen angelammelt hatten, erschien, wie der Badische Beobachter zu berichten weiß, gegen halb 8 Uhr ein 20 Mann starkes Polizeikommando, das sofort eine Hausdurchsuchung in den Räumen der SA-Leitung der NSDAP vornahm. Zugleich wurden die angrenzenden Straßen durch starke Polizeipatrouillen abgeriegelt und die Menschenansammlungen zerstreut. Die Durchsuchung der SA-Räume war rasch beendet, da sämtliche Räume leer waren. Durch einen im zweiten Stock befindlichen Lautsprecher wurde den erregten Massen auf der Straße fortlaufend das Ergebnis der Hausdurchsuchung mitgeteilt. Daneben ertönten durch den Lautsprecher die Klänge des Horst-Wessel-Liedes, ein Vorkommnis, das unbegreiflich ist.

Im Anschluß wurde eine Durchsuchung der Kellerräume vorgenommen, über deren Endergebnis amtliche Angaben noch nicht vorliegen. Schließlich wurde die Hausdurchsuchung auch noch auf einige Räume der Gauleitung der NSDAP ausgedehnt. Die leerstehenden Räume der SA-Geschäftsstelle wurden von der Polizei verriegelt. Die Polizeifaktion war um halb 9 Uhr beendet, worauf die gesamte Polizeimannschaft wieder abrückte.

Wie dem Badischen Landespreßdienst von nationalsozialistischer Seite mitgeteilt wird, wurde u. a. von der Polizei eine Karte beschlagnahmt, deren Inhalt der Gauleitung nicht bekannt ist. (1) Im Verlaufe der polizeilichen Abwehrmaßnahmen, die sich bis zum Schloßbezirk und zur Mierstraße erstreckten, wurden mehrere Personen von der Polizei zwangsgewaltig, da sie sich den polizeilichen Anordnungen widersetzen.

Weiter wurde von nationalsozialistischer Seite mitgeteilt, daß auch bei einzelnen Führern und Mitgliedern der SA in deren Privatwohnungen Hausdurchsuchungen stattfanden. So erschienen Polizeibeamte bereits kurz nach 18 Uhr abends bei dem Oberführer Rudin und den SA-Leuten Keibel, Stapelmann und Nagel, sowie bei dem SA-Mann Meier, wo überall Durchsuchungen erfolgten, über deren Ergebnis gleichfalls noch nichts Amtliches bekannt ist. Desgleichen fand in dem als nationalsozialistisches Verkehrslokal bekannten „Landsknecht“ eine Hausdurchsuchung statt.

## Die Polizei berichtet zu den Hausdurchsuchungen:

Zur Durchführung der Reichspräsidentenverordnung über die Auflösung der SA und SS wurden zur Sicherstellung des Materials die SA- und SS-Wohnstättenräume und Büros von Karlsruhe und Durlach polizeilich durchsucht und geschlossen. Auch bei einer Reihe von Führern und Funktionären des SA und SS wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Während sich die polizeilichen Maßnahmen im allgemeinen reibungslos abwickelten, suchten junge Burischen die Tätigkeit der Polizei in den SA-Räumen des Hauses Kaiserstraße 133 dadurch zu erschweren, daß sie in den offenen Fenstern des Hauses und vom Balkon aus nach der Straße zu langen und auf einer Verstärkeranlage Grammophon spielten, so daß es zu Ansammlungen auf der Straße kam. Die Polizei, die mit einem Kommando von insgesamt 30 uniformierten und Zivilpolizeibeamten erschienen war, stellte die Störungsberechtigten ein und die Ordnung auf der Straße wieder her. Ein junger Mann, der sich den Anordnungen der Polizei widersetzte, wurde festgenommen.

## Nazi-Banditen

Der Polizeibericht meldet:

Ein 22 Jahre alter Blechler von hier machte der Polizei die Anzeige, daß er am Mittwoch abend Ede Wald- und Kaiserstraße von einem 21 Jahre alten Automechaniker, der der NSDAP angehört, mit der Faust ins Gesicht geschlagen worden sei. Dem Blechler war ein Zahn am Oberkiefer eingeschlagen worden. Der Täter wird sich wegen Körperverletzung zu verantworten haben.

Vergangene Nacht wurde ein lediger 24 Jahre alter Kaufmann in der Passage von etwa 15 Angehörigen der NSDAP angerepelt, mit Faustschlägen und Fußtritten traktiert und verletz. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange.

## Naziagitation im Straßenbahnwagen

Ein Leser unseres Blattes schreibt uns: Es war ganz in Ordnung, daß der Volksfreund mehrere Straßenbahner genannt hat, die sich für die Nazi-Partei eingesetzt haben. Gerade die Straßenbahner hätten alle Ursache, bei objektiver Betrachtung der Dinge der Sozialdemokratie zu Dank verpflichtet zu sein infolge ihres Eintretens im Interesse der Straßenbahnbediensteten. Wenn aber heute als Dank dafür verschiedene Straßenbahner der Hitlerpartei nachlaufen, so sind diese politisch armeneligen Geschöpfe wahrhaftig nur zu bedauern. Wie weit wir aber in der Agitation verschobener Straßenbahnangestellter für die Nazis gekommen sind, zeigt folgender Fall:

## 13585 Arbeitslose in Karlsruhe

St.N.A. In der hiesigen Presse werden regelmäßig Berichte über den Stand der Arbeitslosigkeit und die Zahl der Unterstützungsempfänger im Reich und in Südwestdeutschland veröffentlicht. Es erscheint angebracht, die Öffentlichkeit auch einmal über den Stand der Angelegenheit in der Stadt Karlsruhe zu unterrichten. Es betrug die Zahl der Arbeitslosen in Karlsruhe Ende Januar 1931 11 267; sie sank dann bis Ende Juli 1931 auf 10 773 und ist bis

Ende März 1932 auf 13 585 gestiegen.

Davon wurden von Reichs wegen, d. h. im Wege der Arbeitslosenversicherung und der Krisenunterstützung, Ende Januar 1931 5814 und Ende März 1932 5088 unterstützt. Als Wohlfahrtsereise standen in der Fürsorge der Stadt Ende Januar 1931 2820, Ende März 1932 4956. Aus diesen Zahlen ist zunächst zu entnehmen, daß sowohl Ende Januar 1931, wie Ende März 1932, durchaus nicht alle Arbeitslosen öffentlich unterstützt wurden. Ende Januar 1931 stehen den 11 267 Arbeitslosen 8634 Unterstützte und Ende März 1932 den 13 585 Arbeitslosen 10 044 Unterstützte gegenüber.

Ausschlagreich ist auch die Bewegung zwischen den einzelnen Unterstützungsgruppen. Während die Zahl der von Reichs wegen Unterstützten, wie oben schon bemerkt, trotz steigender Arbeitslosenziffer eine rückläufige Bewegung zeigt (Ende März 1932 noch 5088 gegen 5814 Ende Januar 1931), ist umgekehrt die Zahl der von der Stadt zu betreuenden in der gleichen Zeit von 2820 auf 4956 gestiegen. Auf das Hundert berechnet war das Reich Ende Januar 1931 an der Zahl der Unterstützten mit 67,34 Prozent beteiligt, Ende März 1932 dagegen nur noch mit 50,66 Prozent, während die Stadt damals 32,66 Prozent und heute 49,34 Prozent der Unterstützten zu versorgen hatte. Es ist also eine ganz wesentliche Verschiebung des Anteils der einzelnen Unterstützungsgruppen am Gesamtaufwand zum Nachteil der Stadt eingetreten, und diese Entwicklung wird sich fortsetzen, wenn ihr nicht endlich durch eine Milderung der Gesetzgebung Einhalt geboten wird. Die Folgen, die sich daraus für den Haushalt der Stadt ergeben, sind recht trübe; für das Rechnungsjahr 1932 wird mit einer

Mehrbelastung des städtischen Wohlfahrtssetats von mindestens 2 1/2 Millionen Reichsmark gerechnet werden müssen.

## Der Mensch und das Wetter

Das schlechte Wetter letzter Woche, das sicher manchem in die Glieder gefahren ist, veranlaßt mich zu den nachstehenden Ausführungen:

Der gesunde Mensch, dem in der Regel atmosphärische Einflüsse nichts antun, hat im allgemeinen keine Ahnung, wie groß die Einwirkungen der Atmosphäre, oder sauer wir das Wetter, auf Menschen, die an irgendeinem gesundheitlichen Defekt leiden (z. B. verheilte Arm- oder Beinbrüche, Rheuma, Gicht, Narben aus Unfällen, Schnitz- oder Schweißverletzungen, verheilte Anie- oder Hüftgelenkentzündungen), sein kann. Da ich selbst sehr stark unter Witterungseinflüssen leide, mir auch bekannt ist, daß in jüngster Zeit die Wissenschaft tatkräftig daran ist, die Zusammenhänge zwischen Mensch und Atmosphäre zu entschlüsseln, möchte ich nicht verfehlen, meine Beobachtungen und Erfahrungen, die ich selbst als Laie auf diesem Gebiete machte, in dem vorliegenden Aufsatz niederzulegen.

Man hört sehr oft von Leuten Ausprüche wie: „Es gibt anderes Wetter“, „Mein Bein schmerzt mich“, „O! mein Rheuma macht mir heute wieder schwer zu schaffen“, oder ein Kriesebeschädigter mit amputiertem Bein laut: „Ich kann fast nicht gehen, so schmerzt mich heute mein Stumpf, es muß wieder etwas im Anzug sein“.

Für mich, der ich selbst seit einem Menschenalter infolge früherer Gelenkentzündung heinleidend und dadurch im Gehen behindert bin, ist es gar keine Frage mehr, daß das Wohlbefinden eines Menschen, insbesondere soweit er mit einem Gesundheitschaden behaftet ist, an a n s a e w a l t i a vom Wetter abhängt. Haben wir ein Hochdruckgebiet (also schönes Wetter mit blauem Himmel, oder nur wenig Wolken und Luftdruck von 765 Millimetern und darüber), dann fühlt man sich wohl. Haben wir aber Niederdruckwetter (also Westwetter mit Regen, Wind, Sturm und Luftdruck von 760 Millimetern an a b w ä r t s), so leiden die Menschen mehr oder weniger darunter, selbstverständlich immer wieder diejenigen, die gesundheitlich zu wünschen übrig lassen. Witterungsüberstände — sei es nun unten zum schlechten Wetter oder umgekehrt — verursachen vielen Menschen oft schon 20—25 Stunden vor der Witterungsänderung Kopfschmerzen, die so heftig auftreten können, daß die Betroffenen zu zeitlicher geistiger Arbeit total unfähig sind. Bei anderen treten Schmerzen rheumatischer Art oder sonstiges Unbehagen auf.

In diesem Zusammenhange sei z. B. auf den Witterungsanschlag hingewiesen, der sich etwa seit Sonntag, den 2. April, bei uns vorbereitete. Ich erwachte mit starkem Kopfweh, obwohl am Sonntag bis gegen Abend noch herrliches Wetter war. Bei sich am Sonntag nachmittags auf einem Aussichtspunkt befand, genoss eine fabelhafte Aussicht. Vom Bogelfang z. B. konnte das Auge nicht nur den Königstuhl bei Heidelberg, den Necktobus bei Darmstadt, den Speyerer Dom und die ganze Kette des Sarbigebirges sehen, sondern man erblickte sogar mehrere Abhänge der Vogesen bis zu ihren letzten fernen Ausläufern in der Gegend bei Mühlhausen mit bloßem Auge, was einer Ausdehnung des Blickfeldes von über 300 Kilometern entspricht.

Diese wunderbare Aussicht bedeutet schlechtes Wetter, fuhr es mir durch den Sinn, und ich hatte recht. Abends trat noch Regen ein. Am Montag, den 4. April, zeigten sich bei mir bereits Schmerzen im Bein, das ich kaum geben konnte. Die Wetterkarte vom Dienstag, den 5. April, zeigte mehrere Sturmwirbel von 745 und 750 Niederdruck. Das schlechte Wetter mit Regen, Schnee, Sturm, Donner und Blitz war da und tobte auch diese Woche abwechslungsweise, manchmal unter kleiner Aufbesserung, aus. Sturmwirbel von 740 und 730 Millimetern haben auf mein Befinden aller stärksten Einfluß. Dies ist selbst dann der Fall, wenn sich solche Wirbel über Nordland, Island und Nordskandinavien, also in Entfernungen von 1000—2500 Kilometern von hier befinden.

Ich bin überzeugt, daß viele Mitmenschen und Leidensgenossen meine Angaben in ihrem Verhalten zum Hoch- und Niederdruckwetter bestätigt finden werden. Ebenfalls steht fest, daß in diesem Punkte die Wissenschaft noch manches aufzuklären, aber auch auf Mittel zu finden hat, in welcher Weise es möglich ist, den Zustand der Betroffenen bei schlechtem Wetter zu bessern, oder gar von Einflüssen atmosphärischer Art unabhängig zu machen.

Am Donnerstag vor der Wahl, zwischen 6—7 Uhr abends, fuhr ich auf der Linie 2 vom Hauptbahnhof bis zur Richard-Wagner-Straße. Auf der hinteren Plattform des Wagens befand sich von der Hauptpost ab ein Flugblattverbreiter der Nazis. Er hatte einen Pack Flugblätter auf das F ü h r e r s a n d b r e t t gelegt und verteilte die Flugblätter an die aus dem Wagen aussteigenden Fahrgäste. Dies geschah alles unter den Augen des Schaffners, ohne daß er den Flugblattverbreiter zurechtwies. Ja noch mehr, der Schaffner selbst nahm ein Flugblatt schmunzelnd entgegen und steckte es in die Tasche.

Vielleicht — ich schreibe vielleicht — nimmt die Stadtverwaltung Veranlassung, gegen den betreffenden Schaffner vorzugehen. Viel erwarten tue ich allerdings nicht, denn die bisherigen Erfahrungen lehren, daß die Stadtverwaltung gegen die Nazis keine allzu große Kraft aufbringt, wenn es gilt, gegen Übergriffe von dieser Seite vorzugehen. Und weiß die Parteileitung dies wissen, sind sie auch so froh und lachen sich ins Häutchen über die Saumlässigkeit der maßgebenden Stellen.

## Falsche Fünfmarsstücke in Karlsruhe

Seit einigen Wochen tauchen in Karlsruhe falsche Fünfmarsstücke auf, die von der Reichsbankhauptkasse anechalten und als falsch festgestellt wurden. Die Fälschlinge sind daran zu erkennen, daß die Oberfläche einen gelblichen Glanz hat, der dadurch hervorgerufen wird, daß der Kern der Münzen mit zwei dünnen Kupferplatten umgeben ist. Diese Kupferplatten sind verfilzt und nähern sich sehr rasch ab. Außerdem haben die falschen Fünfmarsstücke einen bleicheren Klang und eine geringe Gewichtsschwelung.

## Das Karlsruher Tagblatt

hat wieder einmal über seine politische Richtung Farbe bekant, indem es gegen die notwendige Milderung der Geschäftsordnung im preußischen Landtag in einer Weise loszog, die sonst nicht zu den Gesplogkeiten dieses sonst sich so „vornehm“ gebührenden Blattes des Karlsruher Bürgerturns zählt. Es handelt sich eben im preußischen Landtag darum, Preußen vor einer Ueberwälzung durch ein nationalsozialistisches parlamentarisches Mandat nach den Wahlen zu schützen. Dies behat dem Karlsruher Tagblatt nicht, und so donnerte es denn gegen die Regierungsparteien des preußischen Landtags, die sich bekanntlich aus Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten zusammensetzen, in einer Weise los, daß darüber die guten Sitten fast vergessen werden. Das Tagblatt gibt damit wenigstens wieder zu erkennen, wie republik-, freundschaftlich es ist.

(.) Badische Landesbibliothek. Die Badische Landesbibliothek umfaßt nach dem Stande vom 31. März 1931 295 137 Bände, darunter Badisches Schrifttum 39 672 Bände, Badische Zeitungen 12 025 Bände und 5000 Handschriften.

## Die Polizei berichtet:

### Nachtlicher Bettler

In der Südstr. griff gestern abend ein 36jähriger Mann, der beim Betteln betreten wurde, die einschreitenden Polizeibeamten tätlich an; er mußte unter Gewaltanwendung ins Gefängnis eingeliefert werden.

### Festgenommen

Von der Kriminalpolizei wurden in den letzten Tagen 3 Personen wegen mehrerer Einbruchsdiebstähle in Lebensmittel- und Konfektionsgeschäfte festgenommen; außerdem wurden zwei Personen wegen Betrugs und eine wegen Fahrtrahndiebstahls ins Gefängnis eingeliefert.

### Badisches Landestheater

In dem am Donnerstag, dem 14. April, zur Erstaufführung kommenden Schauspiel „Vor Sonnenaufgang“ von Gerhart Hauptmann sind die führenden und wichtigsten Rollen mit den Damen Bertram, Erhardt, Ermarth, Ernia, Frauenborner und den Herren Brand, Ernst, Gemmeke, Ders, Höder, Koebe, Kienhöfer, Paul Müller, Präter, Schüle und von der Trend besetzt. Die Inszenierung leitete Felix Baumbach. Die Bühnenbilder erstellte Torsten Döhl.

Der braune und schwarze Boxcah-  
Herrens Schuh 790  
sind führend. Rahmenarbeit

Die Frühjahrs-  
Damenmodeschuhe 580  
elegante, neueste Modelle

Der Rindleder-  
Jagdstiefel 580  
mit Beschlag 40/47

Schuhhaus Badenia  
Wilhelm Hacker  
Karlsruhe, Kriegsstraße 72, beim Mendelssohnplatz



**Gemischter Chor Bruderbund  
G.-V. Maschinenbauer Sängerkranz  
Volkschor Karlsruhe-West**

**Gemeinschaftl. Volkslieder-Konzert**  
zu Gunsten der  
Kindererholungsstätte  
**im großen Saale der „3 Linden“, Mühlburg.**

Freitag, den 16. April, abends 8 Uhr

(K. Naturfreunde, Am kommenden Freitag, den 15. April, abends 8 Uhr, spricht im Volkshaus, Schützenstraße 16, Genosse Landtagsabgeordneter Leopold Kückert über: „Die wirtschaftliche Entwicklung Badens“. Dieser Vortrag bildet den Abschluss einer Reihe von Vorträgen, die unter dem Motto „Unsere badische Heimat“ im Laufe dieses Winterhalbjahrs bei den Naturfreunden gehalten wurden. Das Thema ist gewiss, zumal in Anbetracht unserer heutigen Verhältnisse, nicht uninteressant. Das gerade Genosse Kückert als Referent gewonnen wurde, bietet die Gewähr einer sachkundigen Behandlung dieser Frage von berufener Seite. Wir machen darauf aufmerksam, daß zu diesem Vortrag auch Nichtmitglieder Zutritt haben und daß Eintrittsgeld nicht erhoben wird. Siehe auch Vereinsanzeiger.

**Veranstaltungen**

**Bratschen-Abend Sanger-Matthes.** Im Mittelpunkt der Vortragsreihe für den am kommenden Freitag im Konzerthaus der Bad. Hochschule für Musik stattfindenden Bratschen-Abend steht die hochschöne Sonate in G-Dur Op. 13 für Bratsche und Klavier unseres zeitgenössischen Sängers Sanger-Matthes, die dieser mit drei ähnlichen Sonaten für die vier Herren des Bratschen-Quartetts geschrieben und diesen gewidmet hat. Welches instrumentales Können und einwirkende Wirkung charakterisieren dieses Werk, das an beide Instrumente höchste Anforderungen stellt. In gleicher Weise ist dies der Fall bei der das Programm abschließenden D-Dur-Sonate von Franz Liszt, dessen an dramatische Ausdruckskraft gemahnende Zehnminutenstück hier zu Unrecht vernachlässigt werden. Großen Interesse werden auch die beiden zu Anfang gespielten Bratschenkompositionen finden, eine ursprünglich für Viola d'amore geschriebene Suite aus den „Zwei Legionen“ von Strindberg und die herrliche, wohlklingende Sonate in G-Dur von Lisztsdorf.

**Bratschen-Abend Trio.** kommenden Samstag, den 16. April, spielt abends 8 Uhr im Rathhausaal zum ersten Male die seit 3 Jahren bestehende Triobereinigung von Gebhard Bratschen, der bekannten Gesangs- und Violinistin, die auch vereinfacht mit großem Erfolg als Solistin in den Karlsruhe Symphoniekonzerten aufgetreten ist, deren Bruder, dem Geigenisten Ludwig Bratschen und dem hervorragenden Pianisten Dr. Hans Mohr, von seiner Tätigkeit als Kapellmeister beim Karlsruher Landes-Theater noch in bester Erinnerung. Die drei trefflichen Künstler haben es sich zur Aufgabe gemacht, die beiden herrlichen Bratschen-Trios von Franz Schubert hintereinander zu spielen. — Vorkonzert bei Kurt Kretschmer, Badstr. 81 und in der Verhandlung Viefel, am Markt.

**Vorläufige Wettervorhersage  
der Badischen Landeswetterwarte**

Ein Zwischenhoch hat uns vorübergehend heiteres und trockenes Wetter gebracht. Ueber England zieht nun eine neue Zirkone her an, deren Einfluß mehrmals auch bei uns bemerkbar werden wird. **Wetterausichten für Freitag, den 15. April 1932:** Bewölkungsunruhe, später wieder neue Niedererschläge und aufziehende Südwestwinde.

**Veranstaltungen**

Donnerstag, den 14. April 1932:  
Badisches Landes-Theater: Vor Sonnenuntergang. 20 Uhr.  
Badische Lichtspiele: Dunsbrüderkammer. 20.30 Uhr.  
Garten-Theater: Das alte Licht. 8.30 Uhr.  
Kammer-Theater: Zehn Minuten. 8.30 Uhr.  
Reichsbühne: Zwei Herzen und ein Schatz. Goethes Werdegang. 2. Hof-Theater. Wochenspaß.

**Gemeindepolitik**

**Staatshaushalt und Gemeindeveranschlagung**

Vom Badischen Städteverband und Badischen Städtebund wird uns geschrieben:  
Die Städte müssen zu ihrem größten Bedauern feststellen, daß in dem **Geleitgesetz über den Staatshaushaltplan** für die Rechnungsjahre 1932 und 1933 die dringend erforderliche Verbesserung ihrer finanziellen Lage trotz aller Vorstellungen nicht in Aussicht genommen ist. Im Gegenteil glaubt die Regierung, auch dieses Mal wieder den **Ausgleich des Staatshaushaltes** durch eine neue **Veränderung des Finanzausgleiches** auf Kosten der Gemeinden herbeiführen zu können. Die Städte haben dem Badischen Landtag die zunehmende Verschärfung ihrer Notlage in der letzten Zeit wiederholt dargestellt und zuletzt noch in der Denkschrift über den badischen Finanzausgleich vom 15. Februar 1932 auf die bittersten Erfahrungen der Einnahm- und Ausgabenverteilung zwischen dem Lande und den Gemeinden in einzelnen hingewiesen, durch die sich die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden noch vergrößert haben.

Die Nichtbeachtung aller Anträge und Vorstellungen hat leider dazu geführt, daß heute schon eine Reihe von Gemeinden kaum mehr ihre notwendigen Ausgaben aus den noch fließenden Einnahmen bestreiten kann. Neben alle Städte sehen sich vollständig außer Stande, auch nur ihre zwangsläufigen Aufwendungen im neuen Haushaltsjahre voranschlagsmäßig zu decken, nachdem alle Einsparungsmöglichkeiten schon in den letzten Jahren bis zum äußersten ausgeschöpft worden sind. Demgegenüber kann der **Staatshaushaltplan** für die Jahre 1932 und 1933 im wesentlichen ausgeglichen werden, denn der verbleibende Selbsttrag wurde ungefähr in gleicher Höhe in die Vorjahre übernommen.

In der katastrophalen Finanzlage der Gemeinden treten die Folgen der rechtsrechtlichen Regelung der Arbeitslosenfürsorge und der Gestaltung des badischen Finanzausgleiches nun offensichtlich zu Tage. Berechnungswertig man sich die ganze Entwicklung der letzten Jahre, so kann es nicht wunder nehmen, daß den Gemeinden die Kräfte zur Bewältigung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ausgeben. Man wird sich der Einsicht nicht länger verschließen können, daß das Maß dessen, was den Gemeinden an Lasten aufgebürdet werden kann, überschritten ist. Deswegen bedeutet es auch eine Verkennung der Sachlage, wenn man glaubt, die öffentlichen Finanzen damit lastiert zu haben, daß der Haushalt des Reiches und des Landes ausgleichend ist, dies Ergebnis aber nur im Wege einer fortgesetzten Kostenwälzung auf die Gemeinden erreicht wurde, die nun unter der für sie untragbar gewordenen Bürde zusammenbrechen. Für die gesamte Volkswirtschaft ist damit nichts erreicht. Städteverband und Städtebund haben daher an den Landtag nochmals die dringende Bitte gerichtet, die nunmehr unbedingt gebotene Verbesserung der Finanzlage der Gemeinden unverzüglich in Angriff zu nehmen.

**Marktberichte**

**Karlsruher Schweinemarkt vom 13. April.** Zufuhr: 55 Milchschweine; Preise: 24-36 Mark pro Paar; Sandel; lebhaft. Nächster Markt am Mittwoch, den 20. April

**Schweinemarkt in Bruchsal vom 13. April 1932.** Angefahren wurden: 80 Milchschweine und 47 Käuer; verkauft wurden: 60 Milchschweine und 10 Käuer; höchster Preis pro Paar Milchschweine 34 M. Käuer 42 M.; häufigster Preis pro Paar Milchschweine 28 M. Käuer 30 M.; niedrigster Preis pro Paar Milchschweine 24 M. Käuer 38 M.

**Ettlingen, Schweinemarktbericht vom 13. April.** Zufuhr: 47 Ferkel und 18 Käuer; verkauft: 40 Ferkel, das Paar 20-32 M., 11 Käuer, das Paar 30-38 M.; ein größeres Schwein zu 26 M. — Nächster Schweinemarkt am 20. April 1932, 7 Uhr morgens. — **Riechmarkt** am 13. April. Zufahren: 28 Rinde, 11 Rinder und Kalbinnen, 1 Ochse, 2 Kälber und 5 Ferkel; verkauft: 3 Rinder 170-270 M., 3 Rinde 150-225 M., 1 Ochse 225 M., 1 Kalb 60 M., 2 Ferkel 230-250 M.

**Aus der Stadt Durlach**

**SWV.** Freitag, 15. April, Spielesammlung um 7 Uhr im Heim. Die Eintrittskarten für Sonntag können dabeilbst abgeredet werden. Alle müssen bis Freitag abgerechnet haben. Sonntag, 17. April, Treffpunkt um 7 Uhr am Glaspalast. Alles in Blau. **Noter haben.** Heute Donnerstag 8 Uhr wichtige Probe im Heil. Bitte pünktlich!

**Verschiedenes**

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. J. Bloch (Gesellschaftsleiter, Berlin K. 35, Potsdamer Straße 121 b) haben eben für 4. April 1932 erschienen. Aus seinem Inhalt heben wir u. a. hervor: Der Gläubigerstreik 1932, von Dr. Carl Wierzbowski, Mitglied des Reichstages — Die Krise im Sozialismus, von Paul Kampffmeyer — Der Glaube an das Imperium, von Konrad Geffert — Der französische Europäer, Brand, von Dr. Alfred Geib — Sozialismus und deutsche Tradition, von Theodor Wimmer — Vom Arbeitsstreik, von Siegfried Stern — Der Arbeiterstreik, von Paul Thormann — Politische Verantwortung, von Dr. Carl Wierzbowski — Der Arbeiter Streik, von Dr. Siegfried Stern — Zeitdokumente und pädagogische Momente, von Dr. Max Doederl — Wartungsarbeiten für die Wanderversicherung, von Dr. Hans Wollbrandt — Das Leben der Arbeiterjugend, von Hedwig Steinlauf. Das Heft enthält ein Portrait Hedwig Brand, Holzchnitt von Otto Giese, Kiebert. Der Preis des Heftes beträgt RM. 1.—, der eines Vierteljahrsabonnements 3.— RM.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe**

**Sterbefälle und Beerdigungszeiten.** Karl Spinner, 70 Jahre alt, Bleicher, Witwer. Feuerbestattung am 15. April, 13.30 Uhr. Rudolf Grobe, 66 Jahre alt, Verwaltungsdirektor a. D., Chemann, Beerdigung am 14. April, 14.30 Uhr. Marie Weier, 69 Jahre alt, Diakonisse, ledig. Beerdigung am 15. April, 15 Uhr. Friedrich Völsch, 75 Jahre alt, Werkstättenvorarbeiter a. D., Witwer. Beerdigung am 15. April, 14 Uhr. Nikolaus Kugel, 83 Jahre alt, Schlosser, Witwer. Beerdigung am 15. April, 15.30 Uhr. Gottfried Pfl. 59 Jahre alt, Stellwerksmeister, Chemann. Beerdigung am 15. April, 13.30 Uhr. Christian Water, 72 Jahre alt, Schreiner, Chemann (Mühlburg).

**Merkel Kreuzstraße 25**  
**Tapeten** von 15,- an  
Verlangen Sie die Kollektion 1932 von Merkel. Sie ist modern, geschmackvoll und preiswert.  
Reste in großer Auswahl 21,-

**Todes-Anzeige**  
Am Mittwoch verschied mein lieber Mann  
**Karl Heißler**  
Schlosser  
im Alter von 82 Jahren.  
Karlsruhe, den 13. April 1932.  
Frau Philippine Heißler Wwe.  
Die Beerdigung findet Freitag, nachm. 4 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt. 2281

**Trauerbriefe** liefert schnell u. billig Verlagsdruckerei Volksfreund GmbH.  
**Mieter- und Bauverein Karlsruhe** e. G. m. b. H.  
Am Mittwoch, den 27. April d. J., abends 7/8 Uhr, findet im kleinen Festhallaal unsere ordentliche

**General-Versammlung**  
mit folgender Tagesordnung statt:  
1. Bericht des Vorstandes mit Vorlage der Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung. (Diese kann in unseren Geschäftsräumen eingesehen und vom 20. bis 22. April, an in Empfang genommen werden.)  
2. Bericht über die Verteilung des Reingewinns  
3. Bericht des Aufsichtsrates mit Antrag auf Entlastung des Vorstandes  
4. Rechnung des Aufsichtsrates  
5. Rechnung der Bilanz  
6. Wahl von 5 Aufsichtsratsmitgliedern.  
7. Verhandlung etwaiger Anträge. — (Solche müssen bis Mittwoch, den 20. April, beim Vorstand eingereicht sein.)  
Karlsruhe, den 12. April 1932.  
Der Vorstand:  
Eduard Engelberger Schriftf.

**GROSSER JUBILÄUMS-VERKAUF**  
**HERMANN TIETZ**  
Die zu unserem großen Jubiläums-Verkauf bereitgestellten Waren sind durchweg hochwertige, ausgesuchte Qualitäten, zum Teil Sonderanfertigungen nur für unsere Firma. Die Preise dieser Waren sind — staunenswert niedrig — eine kaum zu überbietende Höchstleistung. Die gesamte Veranstaltung ist eine kaum wiederkehrende Kaufgelegenheit.  
**Nicht die Preise entscheiden sondern unsere Jubiläums-Qualitäten!**  
**HERMANN TIETZ**  
KARLSRUHE

**2 außergewöhnliche Nachtvorstellungen!**  
Freitag, den 15. und Samstag, den 16. April, abends 10.45 Uhr  
**\$ 173 SIGB.** Strahlbare Ehen (Die Gleichheitsnot des Weibes)  
Hauptrollen: Olga Tschschowa • Walter Rilla  
Die Geschichte einer verbotenen sinnlichen Liebe zwischen zwei Menschen. Blinde Leidenschaft reißt zu Taten hin, die so ein das Gesetz verstößen, von denen es kein Zurück gibt. Ein starker Sitteffekt, wie man ihn in solchem Ausmaß noch nicht sah.  
**Stärker als das Gesetz aber ist die Liebe!**  
Ein Film, der ergreift, erschüttert, aufreißt, mitreißt von Anfang bis zum Ende, der eindringt in die letzten Tiefen menschlichen Empfindens. Der Film bietet etwas Besonderes und handelt nicht von Geschlechtskrankheiten.  
Das Material zu diesem einzigartigen Filmwerk wurde einer wahren Begebenheit entnommen. 2277  
**Preise von 80 Pfg. bis Mk. 2.-** Erwerbssche 50 Pfg.  
Telefonisch Vorbestellungen an der Kass.  
**Gloria-Palast**

**Rathaus**  
Samstag, 16. April, 20 Uhr  
spielt zum 1. Male in Karlsruhe das zu internationalem Ruhm gelangte **Fassbaender-Rohr-Trio Schubert**  
Die beiden Klaviertrios op. 109 und op. 99  
Karten zu - 80, 1.10, 1.65, 2.20 und 3.30 b. **Giesfeld a. Marktplatz u. b. Markt Waidstr. 61**

**Druckarbeiten**  
stellen wir in ein- und mehrfarbiger Ausführung schnell, sauber und preiswert her  
Verlagsdruckerei Volksfreund GmbH  
Waldstraße 28 • Fernsprecher 7020/21

Bist Du schon Mitglied des **Karlsruher Verkehrsvereins**?  
**25 Mark**  
Anmeldepreis für einen Antrag unter Garantie für tabell. Eig. **Zahneberg, Schmitt, Hagedorn, Schüller, 40**  
**Bülein-Schränke** **W. OBEL** aller Art, verk. billig **Mischmann** Fabrikstr. 73